

Der Freisinn



An unsere über 120 000 Freisinnigen in der ganzen Schweiz:

Am 21.10. geht es um die Wurst!

In wenigen Tagen ist die wichtigste innenpolitische Entscheidung dieses Jahres gefallen: Nach dem 21. Oktober werden wir wissen, wie die eidgenössischen Räte für die nächsten vier Jahre zusammengesetzt sind und in welcher Richtung wir Schweizer fahren werden. Und damit diese Fahrt nicht ins Ungewisse führt, ist jede freisinnige Frau und jeder freisinnige Mann aufgerufen, an die Urnen zu gehen und freisinnig zu wählen. Nicht nur das: im Bekanntenkreis auch dahingehend zu wirken, dass möglichst viele andere Wählerinnen und Wähler das gleiche tun.

Schon zu Beginn dieses Jahres hat die FDP gegenüber Mitgliedern und Sympathisanten unmissverständlich zu verstehen ge-

ken und bei uns den bequemen Eindruck erwecken, es sei schon alles getan. Beides, liebe Parteifreunde, wollen, ja müssen wir verhindern!

Freisinnige, mit einem realistischen und unseren schweizerischen Verhältnissen Rechnung tragenden Wahlprogramm von 11 Schwerpunkten sind wir in diesen Wahlkampf gestiegen. Wir wissen heute, dass unsere politischen Ziele von ungezählten Schweizer Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. Wir stellen aber

auch fest, dass — ganz besonders von links — entweder unseren liberalen Postulaten der Kampf angesagt wurde oder aber andere versuchen, jetzt ebenfalls den Liberalismus als ihr geistiges Eigentum auszugeben. Letztlich geht es nun aber darum, eine klare liberale Staats- und Gesellschaftsordnung mit Chancen und Zukunft für jeden Einzelnen zu verstärken oder sich für einen sozialistischen Umverteilungs-Eintopf zu entscheiden, den wohl im Herzen niemand in der Schweiz will. Darum, liebe Freunde: in unser aller Interesse: wir müssen diese Wahlen gewinnen!

Aber das heisst: Einsatz, Wille, Durchstehvermögen. Wirken Sie mit, suchen auch Sie den Kontakt zu den Wählern im Sinne unseres Wahlkonzepts, zeigen Sie Flagge. Und unternehmen Sie alles, um mindestens ein halbes Dutzend Wählerinnen und Wähler im persönlichen Gespräch davon zu überzeugen, dass die FDP die bessere Alternative für unser Land zu bieten hat. Bringen Sie sie dazu, keine andere als eine FDP-Liste in die Urne zu legen.

Wenn Sie das tun, dann werden wir die Wahlen gewinnen!

In diesem Sinn und mit dem herzlichsten Dank für den Einsatz für unsere gemeinsame Sache grüssen wir Sie freundschaftlich:

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)

Der Präsident:

Y. Richter,
Nationalrat

Der Generalsekretär:

H. R. Leuenberger,
Fürsprecher



ben: «Wir wollen die Wahlen gewinnen!» Die Wahlvorbereitungen in den Kantonen wurden ganz auf diese Forderung abgestimmt — der Freisinn gab sich mutig und legte öffentlich seine Haltung klar dar, wo immer das gefordert war. Ermutigende Resultate in kantonalen Wahlen blieben denn auch nicht aus. Das ist einerseits erfreulich und gibt Ansporn, andererseits aber auch gefährlich. Denn diese positiven Meldungen könnten beim Gegner einen Mobilisierungseffekt bewir-

Schwerpunkte freisinniger Politik

- Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat
- Wohlstand durch Arbeitsfrieden
- Kampf dem Steuerdruck
- Mehr über den eigenen Lohn verfügen
- Eigentum für alle
- Sicherung der AHV auch für die Zukunft
- Rechtsstaat — Sicherheit für alle
- Unabhängigkeit auch morgen
- Mehr Eigenständigkeit für Kantone und Gemeinden
- Gegen Machtkonzentrationen
- Für einen gesunden Lebensraum

Inhalt

Alles, was Freisinnige vor und für den 21. Oktober wissen müssen!



Als erste Partei der Schweiz hat die FDP eine Parteigeschichte, die bis zur Gegenwart reicht. An einem Presseapéro stellte der Autor, alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi, sein Werk vor. Auf unserem Bild der Autor, flankiert von Parteipräsident Nationalrat Yann Richter (links) und Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger. Eine erste Würdigung des Buches «60 Jahre eidgenössische Politik — Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns» finden Sie auf Seite 3.

Ihre Eigenheim-Finanzierung nach Mass — mit der SKA



Wenn Statistiken politisch missbraucht werden

Unberechtigte Unruhe um die AHV

Statistische Daten erfreuen sich in der Regel recht unterschiedlicher Beliebtheit. Entsprechen sie dem, was uns zur Beweisführung oder zur Untermauerung eigener Ansichten dient, so bedienen wir uns ihrer gerne und sind überzeugt von ihrer Richtigkeit. Laufen sie unseren Anliegen zuwider, so sinkt unsere Wertschätzung statistischer Erhebungen auf den Nullpunkt, und man titulierte diese immerhin mathematisch abgesicherte Methode mit wenig schmeichelhaften Ausdrücken. Daten ohne Kommentar und ohne genaue Kenntnis ihres Aussagegehaltes und die Art ihrer Erhebung können zugegebenermassen, wie Nationalrätin Martha Ribi vermerkt, mehr Verwirrung als Klarheit schaffen.

Dieses Phänomen hat sich einmal mehr bei der Vorstellung der Studie der Universität Bern «Ueber die wirtschaftliche Lage der Rentner in der Schweiz» in der Presse gezeigt. Was haften blieb, was auch als journalistisches Knallbonbon die Leser aufschreckte, waren kommentarlos und gleichsam nackt publizierte Durchschnittswerte. Diese verärgerten eine grosse Anzahl von Rentnern. Gehört man als Rentner zu jenen rund 20%, die mit kleinen und kleinsten Einkommen leben müssen, oder zu jenen, die nicht einmal das Existenzminimum erreichen, weil sie aus falscher Scham sich nicht für den Bezug gesetzlich vorgesehener Ergänzungsleistungen melden, so erwecken Durchschnittswerte von rund Fr. 29 000.— Jahreseinkommen Unglauben und Missmut.

Provokative Schlagzeilen und Halbinformationen

Es wundert auch nicht, dass viele Rentner auf Grund zum Teil recht provokativ aufgemachter Schlagzeilen über die guten Rentnereinkommen um die bisher ausbezahlten Renten bangten. Eine Flut von Telefonen allerorts bezeugt dies. Dazu ist einmal mehr festzuhalten, dass wir bei allen Sozialversicherungsleistungen das System der Besitzstandsgarantie kennen und dass niemand in diesem Land, weder die Behörden noch irgendeine politische Partei, je beabsichtigt hat, Renten zu kürzen.

Neben der Unantastbarkeit bestehender Rentenansprüche ist aber auch dem Problem der Sicherung der Ansprüche künftiger Rentnergenerationen Beachtung

zu schenken. Die Sicherung der künftigen Renten für die heute im Erwerbsleben Stehenden ist ebenso eine Verpflichtung unseres Sozialversicherungswerkes wie die Abgeltung der heutigen Bedürfnisse.

Studie wird ergänzt

Dies alles in Einklang zu bringen und auf eine wirtschaftlich gesunde und tragfähige finanzielle Basis zu stellen ist ein Gebot der

Lücke schliessen!

FDP-Vorstoss fordert verbesserte Information über AHV-Ergänzungsleistungen
«Die Tatsache, dass es immer noch AHV-Rentner gibt, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht, ist durch die Studie „Ueber die wirtschaftliche Lage der Rentner in der Schweiz“ erhärtet worden.» Dies stellt Nationalrätin Martha Ribi in einem in der Herbstsession eingereichten Postulat fest. Da in dieser Erhebung ebenfalls zum Ausdruck kommt, dass viele Rentner die ihnen gesetzlich zustehenden Ergänzungsleistungen aus Unkenntnis über ihren Rechtsanspruch oder «aus falscher Scham» nicht geltend machen, fordert die freisinnige Volksvertreterin den Bundesrat auf, diesen Mangel zu beseitigen: «Hier besteht eine Lücke in unserem Sozialversicherungssystem, die gezielt und nicht im Giesskannenprinzip mit höheren Renten für alle, auch für die, die sie gar nicht benötigen, geschlossen werden sollte.» Der Bund soll alle Rentner in einem Informationsblatt auf das ihnen zustehende Recht auf Ergänzungsleistungen aufmerksam machen. Die Kantone und allenfalls die Gemeinden wären zu verpflichten, den AHV-Bezüglern Zusatzinformationen zu liefern über die Modalitäten zur Ausrichtung von Ergänzungsleistungen.

Verantwortung. Bereits die ersten Ergebnisse der Studie liefern wertvolle Hinweise, wo Hilfe heute am nötigsten ist und wo, im Sinne des Solidaritätsgedankens, der unserem grössten Sozialversicherungswerk innewohnt, Korrekturen anzubringen sind. Mehr Beachtung muss bei der künftigen Gestaltung der AHV jene Gruppe

minderbemittelter Rentner finden, deren Einkünfte bisher ungenügend geblieben sind. Ihnen ist mit Ergänzungsleistungen zu einem angemessenen Einkommen zu verhelfen. Praktisch alle diese Rentner gehören der Uebergangsgeneration an, die noch keine oder keine genügende berufliche Vorsorge hat oder denen die Ersparnisbildung nicht möglich war. Die zweite Säule ist deshalb beschleunigt zu verwirklichen, und alle Massnahmen zur Eigentumsbildung sind zu unterstützen.

Die Studie zur Lage der Rentner wird, wenn sie ungefähr in einem Jahr, ergänzt durch den zweiten gesellschaftspolitischen Teil, vorliegt, äusserst wertvolle Kriterien zur weiteren Ausgestaltung unserer Altersvorsorge bieten. Dann können sich Parlament und Stimmberichtigte auf einwandfreie Daten und Erkenntnisse über die wirtschaftliche Situation der Rentenberechtigten in der Schweiz stützen und ihre Entschiede sachlich, emotionslos und damit gerecht fällen.

Darum braucht es eine Stärkung der bürgerlichen Kräfte

Wir wollen keine sozialistische Finanzpolitik

Das Thema Bundesfinanzen gehört zu den Dauertraktanden helvetischer Politik. Seit mindestens fünf Jahren ist es zudem als erstrangiges Problem der Bundespolitik gestellt. Aus mehreren Volksabstimmungen, ablehnenden und zustimmenden, haben sich, wie der St. Galler Standesvertreter Dr. Paul Bürgi feststellt, zwei Stossrichtungen mit eindeutiger Klarheit herausgeschält:

- Das Schweizervolk lehnt eine Erhöhung der Steuerbelastung mit deutlichen Mehrheiten ab.
- Ueberlegte Sparbeschlüsse stossen dagegen auf Zustimmung.

Bundesrat und Parlament verfügen damit über wesentliche Elemente für die Gestaltung der eidgenössischen Finanzpolitik. Hinzu kommt zweifellos der Wunsch der grossen Mehrheit des Volkes nach einem ausgeglichenen Bundeshaushalt. Der sprunghaften Verschuldung der Eidgenossenschaft in den letzten Jahren soll ein Ende bereitet werden.

Der Bund befindet sich seit zirka 1960 in der Lage eines wohlhabenden Onkels, der seinen Nichten und Neffen in grosszügiger Weise Geschenke zusagte. Widrige Umstände zwingen ihn nun, seinen Aufwand den veränderten Verhältnissen anzupassen. Er soll die Neffen und Nichten deswegen keineswegs im Stiche

lassen. Aber überall dort, wo es angeht, sollen diese vermehrt ihre eigenen Kräfte einsetzen. Mit andern Worten: die Uebertragungen an die Kantone, Gemeinden usw. sind den tatsächlichen Möglichkeiten des Bundeshaushaltes anzupassen. Der Bundesrat hat dem Parlament demzufolge ein neues Sparprogramm zu unterbreiten mit dem Schwergewicht auf der Korrektur von Bundessubventionen und Kantonsanteilen. Daneben sind alle Ausgabepositionen auf Einsparungsmöglichkeiten zu überprüfen. Der Personalstopp ist strikte weiterzuführen.

Die Bundesfinanzen werden ein zentrales Thema der nächsten Legislaturperiode sein. Es braucht deshalb eine Stärkung der bürgerlichen Kräfte, um die finanzpolitischen Vorstellungen der Volksmehrheit gegenüber den sozialdemokratischen Ausgabenpolitikern im Parlament durchzusetzen.

FDP-Fraktion diskutierte Rentnerstudie

Erste Folgerungen gezogen

Eine einlässliche Aussprache über die Studie «Ueber die wirtschaftliche Lage der Rentner in der Schweiz» führte die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung durch. Sie liess sich dabei durch den Projektleiter, lic. rer. pol. Willy Schweizer, über den Auftrag, die Arbeitsweise und die ersten Ergebnisse orientieren. Die Fraktion stellte mit Bedauern fest, dass die veröffentlichten Teilergebnisse zu Missverständnissen Anlass gegeben haben und teilweise verzerrt dargestellt wurden. Die Durchschnittswerte der Rentnereinkommen und -vermögen sind zu sehr in den Vordergrund gerückt worden, obwohl diese Zahlen generell nicht viel aussagen, weil einige extreme Ausschläge den Gesamteindruck wesentlich verfälschen können. Viel aussagekräftiger sind die ebenfalls in der Studie enthaltenen Angaben über die Streuung und Häufigkeit der Einkommens- und Vermögensklassen der Rentner.

Auf Grund der ersten vorliegenden Zahlen sieht sich die FDP-Fraktion in ihrer Politik bestätigt. Sie wird sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, dass irgendwelche Leistungskürzungen beim grössten schweizerischen Sozialversicherungswerk vorgenommen werden. Sie wird sich aber ebenso dafür engagieren, dass die heute Berufstätigen mit Beitragspflichten nicht unerträglich belastet werden und überdies dank einem seriösen Finanzierungskonzept dereinst auch in den Genuss der versprochenen AHV-Leistungen kommen.

Die bisher publizierten Teilergebnisse zeigen immerhin, dass die wirtschaftliche Lage der älteren Generation in der Schweiz gesamthaft bedeutend besser ist als in den meisten übrigen Staaten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass sich das Bild künftig wesentlich verbessern wird, da die vorliegende Erhebung die AHV-Uebergangsgeneration einschliesst und weil die betriebliche Altersvorsorge für die Erwerbstätigen breiter ausgebaut ist als bei den heutigen AHV-Bezüglern.

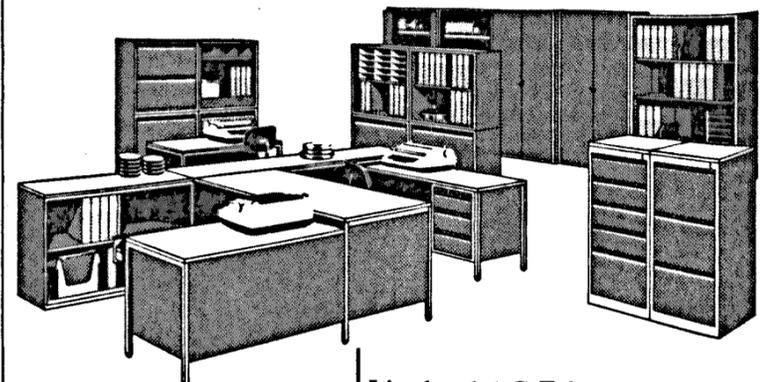
Die Studie hat auch die grosse Bedeutung aufgezeigt, welche der privaten Eigentumsbildung zukommt. Die Fraktion hat sich durch zwei Motionen für eine Förderung der Eigentumsbildung breiter Volkskreise eingesetzt und wird dieses Ziel in Uebereinstimmung mit dem hierfür bestehenden Verfassungsauftrag weiterverfolgen.

Sehr eingehend befasste sich die Fraktion mit der Frage der untersten Rentnereinkommenskategorien. Die FDP-Fraktion tritt dafür ein, dass die Ergänzungsleistungen von dem ihnen zu Unrecht anhaftenden Almosencharakter endgültig befreit werden. Sie wird sich dieses Problems annehmen und entsprechende Vorschläge ausarbeiten.

Wo Qualität entscheidet und der Preis den Ausschlag gibt.

Unverwüthlicher Stahl, hochwertig verarbeitet zu einem kompletten Programm von Arbeitsplätzen und Beistellmöbeln. Für ein in Funktion, Form und Farbe abgestimmtes Baukasten-System zum universellen Einsatz. Mit beliebigen Gestaltungsmöglichkeiten nach individueller Wahl. Das ist Lista 7000, ein langfristig angelegtes Büroeinrichtungs-Konzept, das auch die Homogenität wechselnder Arbeitsbereiche auf Jahre hinaus gewährleistet. Zu einem Preis, der jedem Vergleich standhält.

Büro Lista 7000



Lienhard AG Erlen
LISTA Betriebs-, Lager- und Büroeinrichtungen
CH-8586 Erlen TG
Telefon 072 49 11 11

LISTA
macht Ordnung zum System

Achtung! Wichtige Wahlregeln

	für die Nationalratswahlen	für die Ständeratswahlen
Wahlsystem	Proporz Hier wird dem Stärkeverhältnis der Parteien Rechnung getragen. Die entsprechende Zahl der Sitze des Kantons wird im Verhältnis zu der Anzahl Stimmen aufgeteilt, die eine Partei erhält. Jeder Wähler verfügt über so viele Stimmen, wie der Kanton Sitze zu vergeben hat. Gewählt wird in erster Linie eine Partei.	Majorz Majorzwahlen sind Mehrheitswahlen. Entscheidend für die Wahl eines Kandidaten ist das absolute Mehr (Hälfte der Stimmen + 1) der gültigen Stimmen. Jeder Wähler verfügt in Volkantonen über zwei Stimmen, in Halbantonen über eine Stimme. Gewählt werden zwei Kandidaten.
Kumulieren	bedeutet das zweimalige Auführen des gleichen Kandidatennamens auf demselben Wahlzettel. Es nützt dem betreffenden Kandidaten; er erhält zwei Stimmen.	ist nutzlos, da ein Kandidatename auf demselben Wahlzettel nur einmal gültig ist.
Panaschieren	ist erlaubt und bedeutet, dass Kandidaten verschiedener Listen auf demselben Wahlzettel aufgeführt werden dürfen. Panaschierte Stimmen gehen aber der Partei, deren Bezeichnung der Wahlzettel trägt, verloren.	gibt es bei den Ständeratswahlen nicht, da keine Wahlvorschläge (Listen) der Parteien nötig sind. Es werden Kandidaten gewählt, eine Partei nur mittelbar durch die Parteizugehörigkeit eines Kandidaten.
Leere Linien	zählen als Zusatzstimmen für eine Partei, sofern die Liste deren Parteibezeichnung trägt und mindestens ein gültiger Kandidatename darauf steht.	Leere Linien zählen nicht.
Wählbarkeit	Es können nur Namen von Leuten, die sich auf Listen des Kantons (des Wahlkreises also) befinden, geschrieben werden. Andere Namen werden von Amtes wegen gestrichen, gelten aber als leere Linien.	

Zu beachten beim Verändern von Wahlzetteln:

- Alle Veränderungen dürfen nur handschriftlich vorgenommen werden.
- Es dürfen nicht mehr Kandidaten auf der Liste stehen, als National- bzw. Ständeräte im Wahlkreis zu wählen sind.

- Es dürfen nur Namen und weitere Identifikationsmerkmale auf eine Liste geschrieben werden - persönliche Bemerkungen machen einen Wahlzettel ungültig.
- Gänsefüsschen ("), «dito» und ähnliches dürfen nicht verwendet werden.

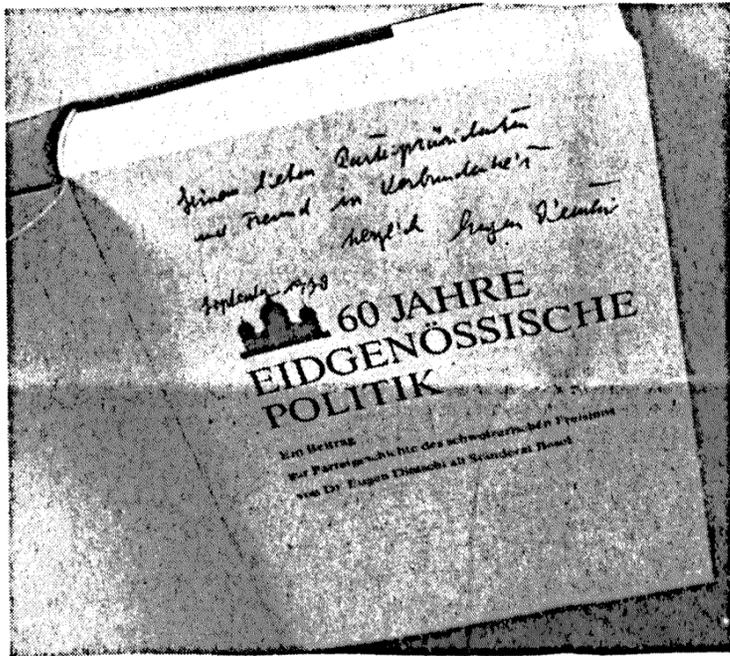
Die Geschichte des schweizerischen Freisinns

«60 Jahre eidgenössische Politik»

Ueber die Geschichte der schweizerischen Parteien liegen relativ wenige Dokumentationen vor. Wohl weiss jede Partei den Interessierten eine Broschüre mit einem historischen Abriss abzugeben, doch eigentliche umfassende Werke fehlen. Ein Mangel, der schon verschiedentlich bedauert wurde. Als erste Partei kann nun die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine ausführliche Parteigeschichte bis zur Gegenwart präsentieren: Nachdem der langjährige Generalsekretär, Dr. Ernst Steinmann, 1955 seine «Geschichte des schweizerischen Freisinns» veröffentlichte, legt nun alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi den zweiten Teil der Parteigeschichte ab 1919 vor. Im Untertitel nennt der Verfasser sein Buch bescheiden einen «Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns». In Wirklichkeit ist es eine auf gründlicher Quellenforschung und zum grössten Teil eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der ereignisreichen Jahrzehnte, wie Dr. h. c. Hermann Böschenstein, der Autor einer ersten Würdigung dieser Neuerscheinung, feststellt:

Vor dreissig Jahren verfasste Dr. Ernst Steinmann seine Parteigeschichte «Der Freisinn als Gründer und Gestalter des Bundesstaates 1830–1918», die von jeher im Rahmen der zeitgeschichtlichen Forschung stark beachtet wurde. Als Ernst Steinmann 1962 vom Tode aberufen wurde, hatte er bereits Studien für einen zweiten Band unternommen. Die Frage wurde oft gestellt, wer die Lücke schliessen könnte. Nun hat sich der Glücksfall ergeben, dass alt Nationalrat und alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi, Jahrgang 1896, in voller geistiger Frische und Schaffenskraft, vor zehn Jahren den Auftrag der damaligen Geschäftsleitung der Partei annahm, die Geschichte der Partei seit der Einführung des Proporzwahlsystems im Nationalrat zu schreiben.

Eugen Dietschi war gerade schweizerischer Parteipräsident, als Ernst Steinmann den ersten Band verfasste, und er gab damals dem Buch ein Geleitwort mit auf den Weg. Nun ist es der frühere Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», alt Nationalrat Dr. h. c. Willy Bretscher, der seinerseits ein Geleitwort für Dietschis bedeutendes, 450 Seiten umfassendes Werk, das reich illustriert ist, verfasste. Willy Bretscher würdigt mit Recht die «sovereäne Ueberschau freisinniger Politik in der Eidgenossenschaft, von dem fernen Gestern der



durch die Einführung des Proporzsystems verursachten Umwälzung bis zu dem nicht problemlosen Heute der etablierten Konkordanzdemokratie».

Drei Abschnitte und ein dokumentarischer Anhang

Eugen Dietschi gliedert die Parteigeschichte in drei Abschnitte: Zwischen zwei Weltkriegen, das heisst von 1919 bis 1939, dann die freisinnige Haltung im Zweiten

Weltkrieg und schliesslich 1945–1979: Von der Nachkriegszeit zur Gegenwart. Der Anhang umfasst eine höchst wertvolle Zusammenstellung über die Entwicklung der politischen Parteien seit 1919, die Parteistärken in den Nationalratswahlen, die Sitzverteilung, die Parteitage, Parteipräsidenten, Fraktionschefs, die Statuten und den Aufruf der Partei am Tag des Waffenstillstands 1945, die «Friedensbotschaft an das Schweizer Volk». In Wort und Bild werden die freisinnigen Bundesräte der letzten 60 Jahre vorgestellt.

Das erste Proporzparlament, das keiner Partei eine Mehrheit sicherte und zur interparteilichen Zusammenarbeit zwang, war in der Tat ein Umbruch, der aber die schöpferische Lebenskraft der jahrzehntelang im Bundesstaat massgeblich gewesenen Partei erwies. Wir erlauben uns das Wortspiel «schöpferisch», denn der gebürtige Solothurner Dietschi spricht von einer Aera Schöpfer, als der dynamische Solothurner Regierungsrat und Ständerat die Parteileitung übernahm.

Von 1919 ...

Wie stellte sich die Partei zu den grossen Landesfragen? Da war der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund, der in jeder Partei im

**Der Autor**

Dr. Eugen Dietschi, geboren am 2. Januar 1896 in Olten, Bürger von Liestal, Olten und Basel, studierte nach dem Besuch der Kantonsschule Solothurn Nationalökonomie in Zürich und Basel. Von 1921 bis 1966 wirkte er als Redaktor an der «National-Zeitung» in Basel, der Vorgängerin der «Basler Zeitung», die damals noch freisinnig war. 1929 wurde er Mitglied des Grossen Rates, den er 1940/41 präsidierte. Ab 1941 zugleich Nationalrat, dem er bis zum März 1960 angehörte und dem er 1958/59 vorstand. Im März 1960 wurde Dr. Dietschi in den Ständerat gewählt, dessen Mitglied er bis 1967 war. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) präsidierte er von 1954 bis 1960. Dr. Dietschi engagierte sich aber nicht nur im politischen Leben; vielfältig waren (und sind heute noch) seine Interessen auf anderen Gebieten: Er gehört zu den schweizerischen Ballon- und Luftfahrtpionieren, bekleidet den Rang eines Obersten, wirkt im kulturellen und vor allem musikalischen Leben in der Rheinstadt mit, präsidierte den Bankrat der Basler Kantonalbank, verfasste verschiedene Bücher.

Kriseninitiative, bis nach dem Rücktritt des gealterten und amts-müden Bundesrates Schulthess die starke Persönlichkeit Hermann Obrechts im Volkswirtschaftsdepartement die Führung übernahm, die Abwertung des Schweizerfrankens durchsetzte, die Krise weitgehend meisterte und die Kriegswirtschaft vorbereitete.

... über die dreissiger Jahre ...

Die dreissiger Jahre brachten aber auch, nicht ohne Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, jene Strömungen vor allem in der jüngeren Generation, die zum «Frontenfrühling» führen. Es war Bundesrat Obrecht nicht mehr vergönnt, die neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung zu realisieren; diese Aufgabe erfüllte meisterhaft sein Landsmann und Nachfolger Walther Stampfli, und wenn es Obrecht zu verdanken war, dass die Lohn- und Verdienstersatzordnung mit Vollmachten geschaffen werden konnte, so bildete sie in der Folge die Grundlage für das grösste Sozialwerk des Bundesstaates, die Alters- und Hinterlassenenversicherung, die das magistrale Lebenswerk Bundesrat Stampflis krönte.

Ein besonderes Kapitel widmet die Parteigeschichte dem Vorstoss des damaligen Delegierten für Aussenhandelsverträge, Minister und Nationalrat Walter Stucki, für einen Einbezug der Sozialdemokraten in die politische Mitverantwortung. Dieser Schritt gelang dann Ende 1943 mit dem Eintritt von Bundesrat Ernst Nobs in die Landesregierung. In diesen bewegten Kriegsjahren schuf die Partei ihr Genfer Sozialprogramm, das sie seither tatkräftig verwirklichen half.

... zur Nachkriegszeit

Die Nachkriegszeit in der Parteigeschichte steht zunächst im Banne des neuen Aussenministers Max Petitpierre, dem es in kurzer Zeit gelang, das Vertrauen des

Volkes in die aussenpolitische Führung, das unter Pilet-Golaz gelitten hatte, wiederherzustellen und der neutralen Schweiz im Kreise der Nationen den ihr gebührenden Platz zu sichern.

Hundert Jahre Bundesstaat gaben dann Anlass, Werden und Wirken der führenden bürgerlichen Partei rückblickend zu würdigen. Aus intimer Kenntnis der fraktionsinternen Vorgänge schildert Eugen Dietschi den Weg zur heutigen «Zauberformel». Die grosse Aufgabe des Nationalstrassenbaus, die militärische Landesverteidigung nach dem Kriege, das Dauerproblem der Bundesfinanzen, der Durchbruch des Frauenstimmrechts im Bund, Raumplanung und Bodenrecht aus liberaler Sicht, die Agrarpolitik im Industriestaat, die Sozialpolitik der Nachkriegszeit und immer wieder die Parlamentswahlen mit ihrer erstaunlichen Konstanz der Parteistärken bilden weitere Kapitel dieser spannend und mit innerer Anteilnahme verfassten Geschichte, die weit über den Rahmen der Partei hinaus zur schweizerischen Zeitgeschichte wird.

Was die Partei bewegte

Was die Partei an ihren grossen Parteitag und Delegiertenversammlungen bewegte, welche Personen in die führenden Gremien berufen wurden, wie sich die Zusammenarbeit mit den Regierungspartnern gestaltete, ohne dass die Partei ihr angestammtes Geisteserbe, den liberalen Rechtsstaat, auch nur im geringsten preisgab, zeigt die Geschichte in höchst anschaulicher Weise. Hochkonjunktur und Rezession stellten neuartige Anforderungen, und in diesem Zusammenhang erfährt die Herstellung der für unsere Wirtschaft bedeutsamen Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter der kenntnisreichen Führung von Minister, später Bundesrat Hans Schaffner und Bundesrat Ernst Brugger einen gewichtigen Abschnitt dar.

Eine derartige Gesamtschau hatte eine Unmenge von statistischen Zahlen, Fakten, Massnahmen und Entscheidungen von Parlament und Volk einzubeziehen. Es ist Dietschi gelungen, diesen gewaltigen Stoff in einer überaus lebendigen Weise darzustellen, die Akzente, die der Verfasser setzt, dokumentarisch zu belegen, die Probleme, die oft genug nur mit geduldig erarbeiteten Kompromissen gelöst werden konnten, aufzuheilen. Der Leser wird beispielsweise mit besonderem Gewinn den Gang der Bundesratswahlen verfolgen, die der erfahrene ehemalige Parlamentarier aus der Nähe beobachten konnte. Es war ein glücklicher Gedanke, die massgeblichen Persönlichkeiten, Partei- und Fraktionspräsidenten und alle freisinnigen Bundesräte in wohl gelungenen Porträtaufnahmen in Erinnerung zu rufen. Bei dieser enormen Arbeit leistete Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger höchst wertvolle Dienste.



J. VONTOBEL & CO.

Bankiers

Zürich, grüner Privatbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-437011
Telegramme: CAPBANK Telex: 52300**Bestellschein**

Ich bestelle ... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preise von je Fr. 38.— inkl. Porto und Verpackung.

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Die Lieferung wünsche ich auf folgende Art:

- direkt durch das Generalsekretariat FDP mit beigelegtem Einzahlungsschein
 durch meinen Buchhändler:

Buchhandlung:

Adresse:

PLZ, Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern

Zu den «Zielsetzungen 79/83»

Statt Utopien realisierbare Ideen

Wer die 21 Sachkapitel und die dazugehörigen Postulate der «Zielsetzungen 79/83» der FDP studiert, wird — vielleicht ernüchternd — feststellen, dass die grosse Sensation fehlt, dass sich darin nicht viel Spektakuläres finden lässt. Dazu meint Nationalrat Dr. Franz Eng, Präsident der Programmkommission:

Wie 1975 liegt der FDP auch in diesem Wahljahr viel daran, dass die in den Zielsetzungen aufgestellten Postulate Gewähr bieten, verwirklicht zu werden, und Ausichten haben, ihre Spuren in der eidgenössischen Politik zu hinterlassen. Wir ziehen diesen Weg einem Programm vor, das nach utopischen, kaum realisierbaren Ideen sucht; wir wollen uns nicht mit Aufsehen erregenden Phrasen profilieren und verzichten bewusst auf Postulate, die wohl für den Moment aufhorchen lassen,

in der nüchternen Praxis der Alltagspolitik aber kaum verwirklicht werden können. Neue Ideen, die für den Augenblick als gewagt erscheinen mögen und ein mögliches Bild der Schweiz der Zukunft entwerfen, haben ihre Berechtigung und sollen auch in der politischen Diskussion Eingang finden. Die FDP erachtet es jedoch als falsch, sich mit Versprechungen dem Wähler zu «verkaufen», die sich erst in ferner Zukunft oder aber auch nie in der Praxis durchsetzen lassen.

Eine Partei sollte sich weniger mit dem Wahlprogramm als vielmehr mit ihrer politischen Arbeit während der Legislaturperiode profilieren. Die FDP hat, dies glauben wir zu Recht sagen zu können, ein Programm erarbeitet, das auf konkreten Vorstellungen beruht, keine Phantasien und Utopien vorgaukelt. Ein Programm zudem, mit dem wir uns auch 1983 — nach Ablauf der Legislaturperiode — noch beim Wort nehmen lassen können.

Die «Zielsetzungen 1975» fliessen beinahe fugenlos in die nun vorliegenden Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode über. Gewiss lassen sich Unterschiede feststellen, gilt es doch auch, neue Probleme zu bewältigen und neuen, erst seit kurzem erkennbaren Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Die FDP ist gewillt, eine bewährte Politik fortzuführen; sie will aber auch Hand bieten, diese Politik weiterzuentwickeln und Änderungen dort, wo sie politisch wünschbar sind und neue Verhältnisse dies erfordern, zu unterstützen. Die Kontinuität,

Panaschierige Tatsachen

Das Panaschieren, d. h. Kandidaten verschiedener Parteien auf den Wahlzettel zu schreiben, ist eines der Merkmale unseres Proporz-Wahlrechts. Diese Möglichkeit wird insbesondere von Freisinnigen gerne und recht häufig benutzt. Man ist sich aber dabei oft zu wenig bewusst, dass damit die eigene Partei geschwächt wird. Zum Teil wird dieser Verlust kompensiert aus Gewinnen von Panaschierstimmen anderer Parteien. Trotzdem sollten freisinnige Wähler

die in unseren neuen Zielsetzungen festgestellt werden kann, muss der Tatsache zugeschrieben werden, dass wir über liberale Grundsätze verfügen, welche die allgemeine Richtung angeben und gewissermassen das Fundament, den Rahmen unserer konkreten Politik bilden. Diese liberalen Grundsätze lassen genügend Spielraum, um neuen Problemen mit neuen Lösungsmöglichkeiten begegnen zu können. Die liberalen Grundsätze, die wir 1975 unseren Zielsetzungen vorangestellt haben, bilden auch heute noch das Gerüst, auf dem sich eine freisinnige Politik, wie wir sie verstehen, aufbauen lässt.

ler nur sehr zurückhaltend von diesem Recht Gebrauch machen. Eine Untersuchung des Eidgenössischen Statistischen Amtes hat ergeben, dass die FDP bei den Nationalratswahlen 1975 durchschnittlich pro Wahlzettel 8,2 Prozent der Listenstimmkraft an Fremdparteien abgegeben hat. Im Vergleich dazu haben die SP nur 6% und die CVP gar nur 5% abgegeben. Die Panaschierfreudigkeit kann zu Mandatsverlusten führen. An uns allen liegt es, gerade in diesem höchst wichtigen Wahljahr dafür zu sorgen, dass solches nicht geschieht!

Der Freisinn

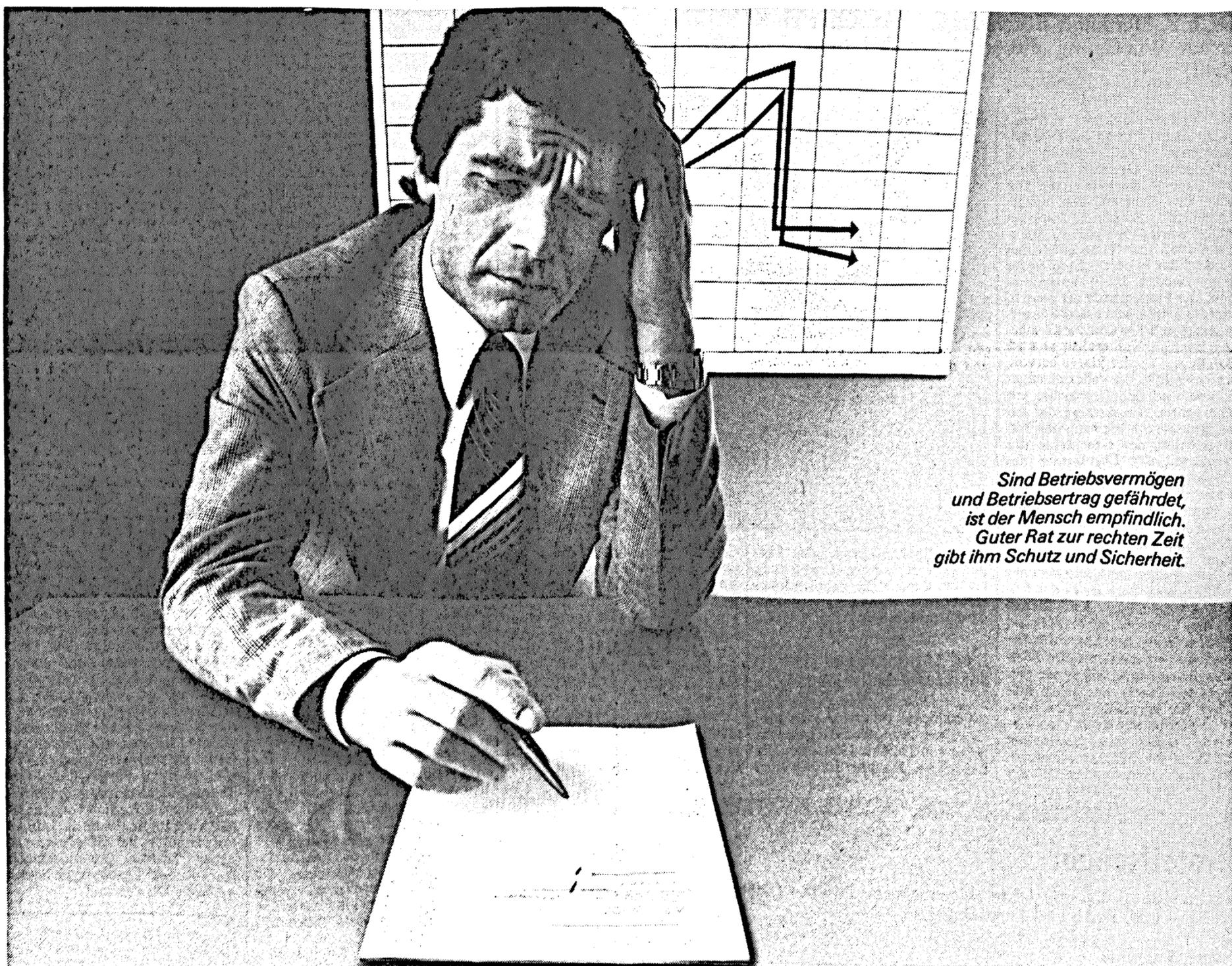
Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.



*Sind Betriebsvermögen
und Betriebsertrag gefährdet,
ist der Mensch empfindlich.
Guter Rat zur rechten Zeit
gibt ihm Schutz und Sicherheit.*

«Winterthur» bedeutet Gesamtberatung in allen Versicherungsfragen.

**Wirklich in allen!
Für Unternehmen jeder Grösse.
Und für Sie privat.**

winterthur
versicherungen

Immer in Ihrer Nähe.
Auch im Ausland.

Die «Winterthur» bietet Ihnen ein umfassendes Versicherungssortiment zum Schutz Ihrer Sach- und Geldwerte, Ihres Betriebsvermögens und Betriebsertrages, Ihrer Mitarbeiter und Angehörigen.

Antwort auf eine aktuelle Frage

Liberalismus — taktisches Bekenntnis oder politische Grundhaltung?

In Wahlzeiten erklären die meisten Parteien, ihre Politik weise liberale Züge auf. Ein Basler SP-Nationalrat hat sich zur Behauptung verstiegen, er und seine Partei setzten sich für freiheitliche Anliegen, wie sie dem Liberalismus entsprechen, immer wieder ein, hingegen die Freisinnige Partei fast nie. Was ist denn eigentlich dieser Liberalismus, den die meisten politischen Parteien mit auf ihre Fahne schreiben wollen? Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Aarau, gibt Antwort auf diese Frage.

Er ist keine Religion und auch nicht das Dogma einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse, sondern eine Weltanschauung, eine ethisch begründete Lebenseinstellung. Er ist aber auch eine politische Haltung. Der Liberalismus geht von einer schöpferisch tätigen, selbständig denkenden und verantwortlich handelnden Persönlichkeit aus, der man einen möglichst weiten Entfaltungsspielraum sichern sollte. Während er in seinen Anfängen in Opposition zur konservativen Staatsmacht stand, geprägt durch Dynamik und Veränderungswillen, wendet er sich in unserer Zeit vor allem gegen die Ueberspitzung des Sozialismus. Gestern wie heute ist es sein Ziel, dem Menschen ein Leben in Freiheit, Würde und Selbstverantwortung zu ermöglichen.

Gegen überspitzten Sozialismus

In jüngerer Zeit treten die Gegensätze zwischen Liberalismus und Sozialismus wieder klarer hervor. Der Liberale wendet sich entschieden gegen die wachsende Staatsgläubigkeit und gegen die Tendenz, dem Staat ständig neue Aufgaben und entsprechende Kompetenzen zu übertragen. Das führt zwangsläufig zu einer Einengung der persönlichen Freiheit und höhlt die Eigenverantwortung aus. Die zunehmende staatliche Betreuung, ja Bevormundung widerspricht dem Bild des freien, selbstverantwortlichen Menschen. Dazu macht sie einen anonymen und viel zu kostspieligen Bürokratismus nötig. Der Liberale denkt sozial und will seine Mitmenschen vor existenziellen Nöten und Lebenshärten bewahren. Sein Weg führt aber zuerst über die Eigenverantwortlichkeit und die private Initiative. Er wägt in jedem Fall ab, wie die angestrebten materiellen Vorteile im Vergleich mit der damit verbundenen Einbusse an persönlicher Freiheit zu werten sind. Dabei ist er sich voll bewusst, dass die Freiheit des Einzelnen ihre Grenzen an der Freiheit des anderen findet. Die Achtung vor dem andern schliesst Toleranz, Solidarität und Respektierung der Minderheiten ein.

Mehr als eine wirtschaftliche Maxime

Entscheidende Merkmale des Liberalismus sind der Fortschrittsglaube und der Optimismus. Sie ermöglichen die Befreiung von Kräften, die während Jahrhunderten gebunden waren. Dass die Gegner des Liberalismus später versuchten, ihn zu einer wirtschaftlichen Maxime zu verengen, hat ihm nicht sehr geschadet. Er hat in der Tat auch als Wirtschaftslehre eine grosse Bedeutung. Sein Wesen erschöpft sich natürlich nicht einfach im Prinzip der durch Angebot und Nachfrage gesteuerten Preisgestaltung, wie die Gegner gerne behaupten. Das liberale Wirtschaftssystem hat unserer Bevölkerung die Erreichung des höchsten Lebensstandards unter den industriellen

Ländern und die individuelle Entfaltung in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglicht. Die Liberalen haben wiederholt aus eigener Ueberzeugung ordnungspolitische Eingriffe in Kauf genommen, so beispielsweise, wenn es darum ging, die freie Wettbewerbsordnung und die Vertragsfreiheit zu erhalten oder Missbräuche, die liberalen Vorstellungen widersprechen, zu bekämpfen. Der heutige Liberale huldigt keinem ungestümen Fortschrittsglauben. Eigen ist ihm eine grundsätzlich positive und zusehenderen trübseliger Weltanschauungen. Seine Ueberzeugung, dass sich der Mensch am besten entwickelt, wenn er seine Anlagen und Kräfte möglichst frei entfalten kann, ist von der Geschichte stets wieder gerechtfertigt worden. Eine solche Grundhaltung setzt gegenseitiges Vertrauen voraus und auch die Einsicht, dass die individuelle Freiheit nicht grenzenlos sein kann. In einer Zeit des Materialismus nimmt das gegenseitige Vertrauen ab, man traut dem Einzelnen weniger und dem Kollektiv mehr zu.

Ausfluss des liberalen Vertrauens ist auch der unentwegte Einsatz für den Föderalismus als Grundprinzip. Unser Staat muss überblickbar bleiben, und der Aufbau muss von unten nach oben erfolgen. Die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen sind im föderalistischen System am besten gewährleistet. Der zentral ausgebildete Staat verliert seine menschlichen Züge eher, und er neigt viel stärker dazu, eine anonyme, mächtige Maschinerie zu werden.

Grenzen des Wohlfahrtsstaates

Die Polarisierung zwischen Liberalismus und Sozialismus tritt heute am deutlichsten beim modernen Wohlfahrtsstaat in Erscheinung. Nach liberaler Auffassung hat der Staat eine Ordnung zu schaffen, die es dem einzelnen ermöglicht, seinen persönlichen Freiheitsraum aus eigener Kraft auszufüllen und selbst für sich zu sorgen. Wo der Einzelne überfordert ist, muss der Staat aktive Sozialpolitik treiben. Diese muss nach liberaler Auffassung ihre Grenzen dort finden, wo die Selbstverantwortung verlorengeht und wo die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft überfordert wird. Damit der Wohlfahrtsstaat die von ihm erwarteten Leistungen erbringen kann, muss er zuerst seine Kassen durch Steuern und Abgaben verschiedenster Art füllen. Je mehr wir uns die Sicherheit und Sozialfürsorge kosten

lassen, desto grösser wird die Einschränkung unserer Freiheit und desto geringer die Möglichkeit, über den eigenen Lohn verfügen zu können. Wenn der Freisinn gegen immer mehr Steuern ankämpft, dann aus der Ueberzeugung, die Belastung habe ein Ausmass erreicht, das nicht mehr grösser werden dürfe. Der Ausbau unseres Wohlfahrtsstaates erfordert heute fast ein Drittel des von unserer Wirtschaft erarbeiteten Ertrages. Wenn man die staatlichen Betriebe und Anstalten einschliesst, dann werden dem Einzelnen in Form von Steuern und Abgaben sogar mehr als 40 Prozent entzogen. Von den Vertretern des Sozialismus aus kann diese Entwicklung ungeachtet der Wirtschaftslage einfach weitergehen. Der Liberale muss sich dem entgegenstellen. Er war und ist für einen sozialen Staat, in dem alle am erarbeiteten Wohlstand teilhaben sollen. Aber nicht nur heute, auch morgen. Darum muss der Staat seine Ausgabenpolitik dem wirtschaftlichen Wachstum anpassen.

Alle sind in unserer Gemeinschaft zur sozialen Mitverantwortung aufgerufen. Solidarität bedeutet aber nicht nur dem, anderen zu helfen, sondern auch im Rahmen der eigenen Möglichkeiten die Probleme zu lösen, ohne

Unterschriftenbogen

für die eidgenössische Volksinitiative für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen können beim Schweizerischen Initiativkomitee für die Koordination des Schuljahresbeginns, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, bezogen werden.

den Staat für alles und jedes zu Hilfe zu rufen. Wer heute die Frage stellt, was sich unser Land im staatlichen und sozialen Bereich noch leisten will und kann, der ist nicht ein Gegner des Wohlfahrtsstaates und auch keiner, der die sozialen Errungenschaften abbauen will. Ihm geht es vielmehr darum, unsere soziale Sicherheit auch in Zukunft auf ein sicheres Fundament zu stellen.

Wird das Gerüst, auf dem unser Wohlfahrtsstaat ruht, zu rasch und zu intensiv belastet, dann bricht es zusammen. Länder in nicht allzu weiter Ferne liefern hier eindrücklichen Anschauungsunterricht. Erfolgt der Ausbau des Sozialstaates zu stürmisch, dann geht viel vom Inhalt unserer Freiheitsrechte und der Eigentumsordnung verloren.

Zeitübliche Forderungsmentalität

Immer wieder muss die Frage gestellt werden, wie weit die beträchtlichen Mittel, die wir für unsere Wohlfahrt einsetzen, wirklichen Bedürfnissen oder bloss der zeitüblichen Forderungsmentalität entsprechen. Fragen muss sich der Liberale auch stets, welches die Quellen des Wohlstandes sind und was es braucht, um sie intakt zu halten. Leider hat sich auch ausserhalb des politischen Sozialismus das materialistische Denken ausgebreitet. Ansprüche gegenüber dem Staat werden leichthin gestellt, ohne dass man sich über die Kehrseite einer solchen Politik genügend Rechenschaft gibt. Der Wohlstand dämpft die Begehrlichkeiten nicht, er lässt sie im Gegenteil weiter anwachsen. Der Staat gerät damit unversehens in eine bedenkliche Ueberforderung. Die Rezession hat dies mit aller wünschbaren Deutlichkeit bewusst gemacht.

Dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates sind nicht nur aus finanziellen Erwägungen Grenzen gesetzt, sondern auch im Interesse der Freiheit und Würde des Menschen. Der Glaube an den Sozialstaat ist bereits so gross geworden, dass die Sorge für den Nächsten in der Familie schon nicht mehr als individuelle Verpflichtung angesehen wird. Der Versorgerstaat nimmt letztlich das Schicksal des Einzelnen von der Wiege bis zu Bahre in die Hand. Eine Gesellschaft, in der sich der Mensch auf dem Weg über die Staatsfürsorge der Verantwortung für sich selbst entziehen will, geht ungunstigen Zeiten entgegen.

Liberalismus im Wandel der Zeit

Liberal sein schliesst die Bereitschaft in sich, seine Wertvorstellungen immer wieder zu überprü-

fen; sich ernsthaft zu fragen, ob die liberale Grundhaltung, auch im politischen Alltag durchschlägt; sich zu fragen, wie weit unsere Gesellschaftsordnung, bei der nach Nützlichkeitsüberlegungen ausgestalteten Wettbewerbswirtschaft, dem ethischen Gehalt des Liberalismus noch gerecht wird; sich zu fragen, ob sich der Liberalismus als Idee zu Ordnung gesellschaftlicher Verhältnisse in seiner heutigen Form immer noch eignet. Keine Ideologie kann sich gelegentlichen Wandlungen oder Anpassungen entziehen. Oft müssen die Grundthesen gar nicht geändert, sondern bloss folgerichtig auf erfolgte Entwicklungen hin ausgelegt und entsprechend angewendet werden. So muss beispielsweise die Wirtschaftsfreiheit des Schwächeren, egal ob er Arbeitnehmer oder Arbeitgeber ist, gegen die Wirtschaftsfreiheit des Stärkeren geschützt werden. Das gilt insbesondere dort, wo Missbräuche oder Auswüchse aus der Situation der Stärke heraus vorkommen. Die Freisinnige Partei geht solchen Fragen nicht aus dem Weg. Sie stellt sie sich selber. So wendet sich einer der Schwerpunkte im Wahlprogramm 1979 gegen Machtkonzentrationen in den Händen weniger, um die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und die Freiheit der Bürger zu schützen. Dass der Freisinn einen zeitgemässen Liberalismus vertritt und unseren Rechtsstaat im sozialen Sinne gestalten will, findet seinen Niederschlag in weiteren Programmpunkten. So wird zum Beispiel eine weite Streuung des Eigentums in allen Bevölkerungsschichten oder ein Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgreicher Ausbau der Sozialwerke gefordert. Immer aber bleibt der Bezug zum liberalen Grundgedanken gewahrt: Wo der Einzelne und die private Gemeinschaft in eigener Verantwortung handeln können, wird eine staatliche Einmischung abgelehnt. Der Staat soll sich wieder vermehrt auf die Aufgaben konzentrieren, die nur er lösen kann. Gleichzeitig muss der Selbstverantwortung des Bürgers und der Solidarität der Gemeinschaft grössere Bedeutung zukommen. Wer geltend macht, liberal zu sein, ist an diesen Hauptmerkmalen und Grundzielen des Liberalismus zu messen.

Hier sehen Sie auf einen Blick sämtliche 14 Sujets der durch die FDP Schweiz gestalteten Wahlplakate. Auch Sie können diese beziehen! Die 14teilige Grossplakatserie (Weltformat) kostet 70 Franken, die ebenfalls 14teilige Kleinplakatserie (Format A 3) kostet 35 Franken. Bitte senden Sie untenstehenden Talon an das Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, ein.

<p>Freiheit ist sinnvoll. Einverstanden?</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Wer denkt, wählt. Wählt freisinnig!</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Andere reden. Wir arbeiten.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Weder rot sehen, noch schwarz malen.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>
<p>Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. Warum stört das gewisse Leute?</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Sozialismus ist teuer. Und erst noch kein Vergnügen!</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Partei nehmen für unsere vernünftige Steuerpolitik. Damit die öffentliche nicht zur hohlen Hand wird.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>
<p>Farbe bekennen: Weder rot sehen, noch schwarz malen!</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Gerecht handeln: Den Benachteiligten Brücken bauen. Weil es in diesem Land niemandem schlecht gehen soll.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Wir stehen auch ein für Recht und Ordnung. Mit Unrecht und Unordnung lässt sich kein Staat machen.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Wir bejahen den Fortschritt und gute Traditionen. Aber wir verneinen üble Gewohnheiten.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>
<p>Wir befürworten ebenfalls den Gewinn. Ohne Erträge finanziert niemand den wahren Fortschritt.</p> <p><small>Mörs. Kapf. beherzte Taten</small> FDP</p>	<p>Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP</p>		

Coupon

Ich bestelle
... Serie(n) Grossplakate à Fr. 70.—
... Serie(n) Kleinplakate à Fr. 35.—

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Unterschrift: _____



Exklusiv im MZ 7

Modisches Wohnen – gibt es das überhaupt?
Schwimmen Möbel auch auf kurzlebigen Modeströmungen? Hat die Mode direkten Einfluss auf Möbel? Wohl kaum.

Modisches Wohnen ist vermutlich das, wonach mein Mann und ich ständig auf der Suche sind. Es ist die Umgebung, in der wir uns geborgen fühlen.

Zugegeben, wir haben unseren eigenen Stil. Ja sogar ein ganz persönliches Konzept. Ein Esszimmer muss zum Beispiel nicht aus einem Guss sein. Wir «mischen» edle Materialien wie Leder, Chrom, Marmor und Holz zu einem vollkommenen Ganzen.

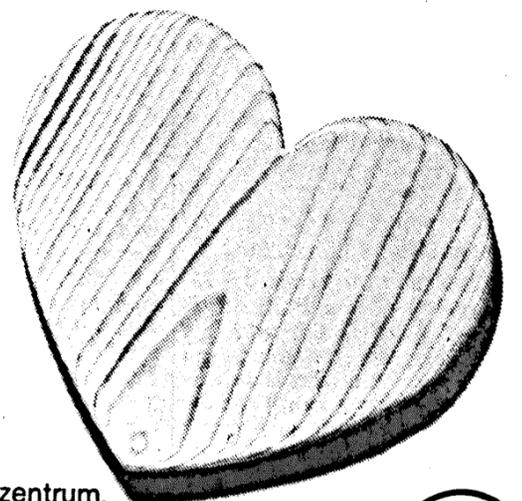
Viele Freunde sagen uns nach, wir wohnen unkonventionell. Weil wir oft einen Trend vorausahnen. Wir sind für klare Linien und für ein anspruchsvolles, fast eigenwilliges Design.

Unsere Wohnwünsche sind nicht immer einfach zu erfüllen. Aber im Möbelzentrum des Handwerks in Volketswil haben wir immer das gefunden, was uns vorschwebte.

Dass auch Sie sich modisches Wohnen leisten können, möchte das Möbelzentrum des Handwerks mit einer grossen Sonderschau unter Beweis stellen.

Geborgenheit, die man erwerben kann

10 Jahre Möbelzentrum,
Sonderschau «Modisches Wohnen»



Möbelzentrum des Handwerks

Verkauf von handwerklichen und industriellen Erzeugnissen des Wohnbedarfs.
Volketswil, an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, «Industrie Volketswil», vis-à-vis Waro, Telefon 01/945 55 81-85
Über 330 angeschlossene Schreinermeister, Innendekorateure und Innen-Architekten.

Was wir wollen

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder selbst verwirklichen kann, in der jedem eine grösstmögliche Zahl von Chancen offensteht, die jedem materielle (soziale) Sicherheit bringt und in der die Freiheit des einzelnen vor Machtmissbrauch geschützt wird.

Wir befürworten eine dezentrale, föderalistische Gesellschaftsordnung, weil wir glauben, dass die zunehmende Konzentration staatlicher Tätigkeit freiheitsbedrohend ist.

Gleichberechtigung—oder Selbstverständlichkeiten, die keine sind

Aus der Begründung eines Gemeinderates zu einer Interpellation betreffend Stellenausschreibung für einen Mitarbeiter des Steuerbüros: «Die bisherige Stelle war ebenfalls durch einen Mann besetzt. Die Erfahrung zeige, dass im Steuerbüro ein Herr am Schalter besser ankomme. Dies vor allem bei Steuerpflichtigen, die nicht gerade gelöst und glücklich am Schalter vorbeikommen. Die Steuerauskünfte von Damen, obwohl fachlich bestens qualifiziert, werden von den Steuerkunden oft nicht akzeptiert.»

Zitat eines 20jährigen Elektromonteurs: «Ich kann mir nicht vorstellen und würde es auch nicht ertragen, eine Frau als Chefin zu haben. Überhaupt mag ich es nicht, wenn Frauen politisieren.»

Wie hältst Du es mit der Gleichberechtigung in Politik, Beruf, Ehe oder Partnerschaft?

Gesetzt der Fall, Ihr arbeitet beide den ganzen Tag; wer von Euch kauft ein, kocht, putzt, wäscht, glättet und was der Hausarbeiten mehr sind?

Aber auch umgekehrt gibt es Probleme. Wenn sich ein Mann nicht zu schade ist, seine eigenen, nicht immer gepflegten Hemden zu bügeln, wird

er von seinen Geschlechtsgenossen als unmännlich belächelt. Es stellt sich also die Frage, wer sich eigentlich emanzipieren muss.

Dass die Frau unter anderem in der Politik meist nicht anerkannt wird, liegt zugegebenermassen nicht an den Männern alleine. 1. Mangelt es den Frauen an Solidarität aus den eigenen Reihen. 2. Hat sich eine Frau einmal durchgerungen, Politik zu machen, so lässt sie sich allzuoft auf das (selbstgewählte) Abstellgleise der «spezifischen» Frauenfragen befördern. Aber nicht wahr: Diese Familien- und Sozialfragen entsprechen eben dem wahren Wesen der Frau.

Dass eine Frau fähig sein könnte, zum Beispiel seriöse Finanzpolitik zu betreiben, wird heute noch vielerorts bezweifelt, auch von Frauen.

Es braucht für eine Frau unheimlich viel Kraft, die Gleichberechtigung nur schon im privaten Bereich zu realisieren, geschweige denn in der Politik, der Wirtschaft. Es ist sehr schwierig, das Bewusstsein von Männern und Frauen zu ändern. Packen wir (Männer und Frauen) es doch gemeinsam an.

Barbara Umiker



Interessenverflechtung

Staat und Wirtschaft sind bereits in einigen Bereichen eine innige Verflechtung eingegangen. Das muss im Interesse der Freiheit geändert werden. Nicht, indem nun alle Verwaltungsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und Verbandsvertreter aus dem Parlament verbannt würden. Das wäre Unsinn. Denn das Parlament ist ja gerade der Ort, in welchem unterschiedliche Interessen vertreten sein und die Konflikte ausgetragen werden sollen. Allerdings müssen die Interessenvertretungen offengelegt werden. Unbefriedigend ist es jedoch, wenn parlamentarischer Richter in eigener Sache werden. Deshalb fordern wir, dass eidgenössische Parlamentarier nicht zugleich Verwaltungsräte der SBB, PTT oder anderen vom Staat subventionierten und vom Parlament kontrollierten Unternehmen sein dürfen.

Demokratie

Entscheide, die uns alle betreffen, sollen nicht durch einen «Klüngel» von Personen gefällt werden. Denn dann sind nur einige frei, jene nämlich, die Entscheide treffen. Alle anderen, über die entschieden wird, sind unfrei.

wir jungen

Chancengleichheit dank besserer Bildung

Der liberale Politiker hat konsequent von der Chancengleichheit auszugehen. Der Zufall darf nicht zur Privilegierung eines Menschen oder einer bestimmten Gruppe führen. Somit sind jedem Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und wirtschaftlichen Verhältnissen, die gleichen Chancen einzuräumen.

Diese muss er, entsprechend seiner Begabung, seinen Neigungen, seinem Leistungsvermögen und seiner Leistungsbereitschaft selbst nutzen. Das läuft darauf hinaus, dass Chancengleichheit nicht gleichzusetzen ist mit Nivellierung. Die Menschen sind verschieden und ihre Möglichkeiten zu handeln unterschiedlich.

In der liberalen Politik ergibt sich dadurch einerseits der Schwerpunkt, die Ausbildung für jeden materiell sicherzustellen. Gleichzeitig ist ein grundsätzliches Überdenken unseres

Bildungssystems notwendig geworden, ist doch die Situation heute noch vielfach so, dass wenige Jugendliche aus sozial tieferen Schichten und wenige Mädchen ein Studium beginnen können.

Als Ziel sollte ein Bildungssystem ins Auge gefasst werden, das jedem jederzeit die Möglichkeit gibt, sich weiterzubilden. Die Durchlässigkeit zwischen den Berufswegen (in beiden Richtungen, vom Gymnasium zur Berufsschulbildung und umgekehrt) ist deshalb zu fördern.

Liberalismus heisst:

1. Freiheit

Frei sein heisst für den einzelnen, wählen zu können zwischen einer grossen Anzahl von Möglichkeiten des Handelns und Unterlassens.

Für die Gesellschaft heisst frei sein, den Menschen mehr Möglichkeiten zum Handeln und zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten und schöpferischen Kräfte zu geben.

Grundlegende Voraussetzung für eine freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit sind die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Meinungsäusserungsfreiheit in all ihren Ausprägungen (Pressefreiheit, Demonstrationenfreiheit usw.).

2. Gleichheit

Jeder Mensch hat den gleichen Anspruch auf Freiheit.

Er darf nicht durch Zufälligkeiten materieller und immaterieller Art privilegiert oder benachteiligt sein, sondern soll entsprechend seiner Begabung, seinen Wünschen, seinem Leistungsvermögen und seiner Leistungsbereitschaft seinen Platz in der Gesellschaft finden, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, finanziellen Verhältnissen, Gesundheit und Alter.

3. Toleranz

Das Zusammenleben muss getragen sein von der Rücksichtnahme zum Mitmenschen und zur Natur.

4. Soziale Sicherheit

Der radikale Liberalismus setzt sich ein für die materielle Sicherheit jedes Menschen.

5. Offenheit

Der radikale Liberalismus vermeidet jede ideologische Erstarrung und setzt sich für eine fortschreitende Entwicklung und Anpassung der Freiheit aller Menschen an die sich verändernden Notwendigkeiten und an die zunehmenden Erkenntnisse ein.

Freiheit wird erst geschätzt, wenn sie nicht mehr vorhanden ist!

K.-H. Flach

Die Jungliberalen: Keine Dogmatiker

Die Jungliberalen legen sich nicht auf ein bestimmtes Gesellschaftsmodell fest. Wir wollen die grösstmögliche Freiheit für die grösstmögliche Zahl von Menschen. Der Schutz Andersdenkender und die Offenheit für neue Gedanken stehen im Zentrum liberaler Politik. Konservative sind in gleichem Masse Feinde des Fortschritts wie Dogmatiker, die sich im Besitze der alleinigen Wahrheit glauben.

Zur Diskussion gestellt:

Mehr Ferien für Lehrlinge?

Wenn ich die Feriendauer der Lehrlinge mit der von Handelsschülern und Gymnasiasten vergleiche, stelle ich zu grosse Unterschiede fest. Lehrlinge haben heute nur vier Wochen Ferien, dies ganz im Gegensatz zu unseren Alterskollegen in Handelsschulen und Gymnasien, die zwischen 10 und 13 Wochen Ferien haben. Das ist ungerecht.

Eine sachbezogene Ausbildung muss auf eine der Realität entsprechende Art und Weise verwirklicht werden. Das bedeutet, dass wir Lehrlinge während der Lehrzeit nicht zu Tätigkeiten angehalten werden sollten, die nicht in direktem Zusammenhang mit unserer Ausbildung stehen. Würde diese Forderung erfüllt, so würde eine Woche mehr Ferien für uns Lehrlinge dem Lehrbetrieb keine Mehrbelastung bringen.

Karl W., Bern, Lehrling



Marktwirtschaft

Machtteilung und Demokratie müssen auch im wirtschaftlichen Bereich gelten. Die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen darf nicht durch ein einziges Unternehmen oder durch den Staat erfolgen, weil wir sonst als Konsumenten nicht mehr die Freiheit der Wahl zwischen verschiedenen Erzeugnissen und Leistungen haben. Wirtschaftliche Tätigkeit muss der Initiative und dem Erfindungsreichtum des Einzelnen überlassen sein. Deshalb treten wir für die soziale Marktwirtschaft ein.

K.-H. Flach

Die ersten liberalen Regungen haben sich gezeigt, als der Mensch zu denken begann, und die letzten werden erst mit den letzten Menschen verschwinden!

Coupon

Ich möchte nähere Angaben über die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) und die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP):

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Wohnort: _____

Bitte senden an JBS, Postfach 1711, 3001 Bern, oder FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Mit uns reden,
lohnt sich

Brückenbau
Kanalbau
Industriebau
Eisenbetonbau
Spezialtiefbau
Wohnbau

Spaltenstein

Spaltenstein AG Hoch + Tiefbau
Schaffhauserstrasse 372, 8050 Zürich



Ob in den Alpen
oder am Mittelmeer –
dryvit Aussenisolierung
hat seine Funktionstüchtig-
keit und Widerstandsfähigkeit
seit 2 Jahrzehnten an Wohn-, In-
dustrie- und Zweckbauten unter Be-
weis gestellt.

Die wirtschaftlichste Wärmedämmung ist
der Vollwärmeschutz. Durch die Anwendung
von dryvit-Aussenisolierung erreichen die Ge-
samtkosten (Summe der Kosten für Herstellung,
Heizanlage, Betriebskosten und Amortisation) ein

Minimum.
Unser bestes aus-
gebauter Beratungs-
dienst nimmt sich gerne
Ihrer Probleme an und un-
terbreitet Ihnen unverbindlich
Lösungs- und Gestaltungsvorschlä-
ge. Unsere 20-jährige Erfahrung bietet
Ihnen die Gewähr für eine fundierte
Beratung.

dryvit Aussenisolierung –
damit Sie Heizkosten sparen.

SAP Baustoffe + Bauchemie AG
9306 Freidorf, 071/48 15 45



VOGT - SELVOPLAN flüssige – selbstnivellierende Unterlagsböden



Besondere Vorzüge

Grosse Druck- u. Biegezugfestigkeit
Auf Isolation –
und Festverband-Verlegung
Auf jede Unterlage anwendbar
Absolut plane Oberfläche
Begehbarkeit nach 24 Stunden
und volle Belastbarkeit
Schnelles Austrocknen
Fortschritt für Neubauten
Ideal für Altbausanierung
Kein Knarren mehr möglich
Hohe Schall- und
Wärmedämmung
700-900 m² Tagesleistung
Beste Referenzen

Schweizer Patent EMPA geprüft Verlangen Sie Dokumentationen und Beratung

Ausführung spez. Fachfirmen in der ganzen Schweiz!



BALZ VOGT AG
8855 Wangen/SZ

Industriestrasse 1
Telefon 055/64 35 22



Im Brächli 19
8053 Zürich

P. Baur
Telefon 01/53 17 01



Grendelstrasse 15
6000 Luzern

P. Imgrüth
Telefon 041/36 00 28



F. Brack & Fils
1222 Vésenaz-Genève

Chem. d. la Pt.-Californie 8
Téléphone 022/52 24 93

EFALBE0000

Sprüngli

Sprüngli-Spezialitäten

Pralinés
Truffes du jour
Züri-Leckerli

Confiserie am Paradeplatz, Zürich
Stadelhoferplatz • Shop-Ville
Shopping-Center Spreitenbach
Einkaufszentrum Glatt



H.+P. Klieger

Schreinerei Glaserei Möbel Innenausbau
Mitglied Möbelzentrum des Handwerks

Baumackerstr. 49
8050 Zürich
Tel. 48 54 68

HANIEL



TRANSPORT

ZUVERLÄSSIGER BERATER UND PARTNER FÜR TRANSPORTE

HANIEL INTERNATIONALE
TRANSPORTE AG

BETRIEB ZÜRICH
BADENERSTRASSE 329
CH-8040 ZÜRICH

TELEFON: 01-54 77 31
TELEX: 58 938 HATP CH
TELEGRAMME: HANTRANS CH

BETRIEB BASEL
MÜNCHERSTRASSE 188 C
CH-4013 BASEL

TELEFON 061-57 07 07
TELEX: 62 219 HANT CH
TELEGRAMME: HANTRANS CH

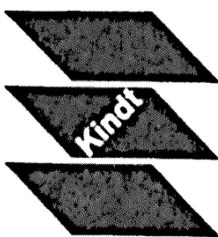
AIR HANIEL
FLUGHAFENSTRASSE 22A
CH-8058 ZÜRICH-FLUGHAFEN

TELEFON: 01-814 16 62
TELEX: 59 654 AIRH CH
TELEGRAMME: AIR HANIEL CH

Seit über 50 Jahren in der ganzen Schweiz
Neuanfertigung und Reparaturen

Jalousieläden Rolladen
Lamellenstoren Sonnenstoren

E. Kindt AG, 8112 Otelfingen ZH
vorm. Hans Kiefer AG ☎ 056 74 22 22



Senden Sie mir Prospekte DF
 Rufen Sie mich an unter Tel.-Nr.

Adresse

rolana

jeunesse

sevonyl

die modernen Tufting-
Teppichböden von hoch-
florig-daunenweich bis hart
beanspruchbar. In modisch
vornehmer Farbpalette.

die nach individuellen Farb-,
Mass- und Kammhöhen-
Wünschen handwerklich her-
gestellten Komfort-Teppich-
böden und -wände in Woll-
siegel-Qualität.

die synthetischen Nadelfilz-
Boden- und Wandbeläge.
Eine preiswerte Investition
für hohen Gehkomfort und
lange Lebensdauer.



Kistler Zingg

E. Kistler-Zingg AG, Teppichfabriken, CH-8864 Reichenburg SZ, Telefon 055 67 12 12

Mode, Vielfalt und erstklassige Schweizer Qualität zeichnen unsere Produkte aus.
Verkauf nur über den Fachhandel.

Verdener + W.

Wo bleibt die Eigentumsförderung

Fehlendes Gesamtkonzept

In einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung kommt einer breit verankerten Eigentumsstruktur eine zentrale Bedeutung zu. Es ist denn auch kein Zufall, dass ein wesentlicher Teil der historischen Entwicklung, die schliesslich zu den freien Gesellschaften des Westens geführt hat, unter anderem durch den Kampf für freies Eigentum gekennzeichnet war. Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat eine Motion zur Eigentumsförderung eingereicht, die im Ständerat durch den St. Galler Standesvertreter Dr. Paul Bürgi und im Nationalrat durch Ulrich Bremi, Zollikon, begründet wurde.

Die Voraussetzungen der heutigen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Die materielle Wohlfahrt breiter Bevölkerungskreise hat sich zwar entscheidend verbessert. Doch haben die räumliche Konzentration und ein ausgeprägter Verstärkerprozess die Menschen näher aneinander gedrückt und die räumlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen erheblich eingeengt. Vor allem der Bereich des Haus- und Wohnungseigentums wurde dadurch negativ beeinflusst. Der Anteil der von Eigentümern belegten Wohnungen und Häuser beträgt in der Schweiz lediglich 28 Prozent, gegen 34 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland, 45 Prozent in Frankreich, 51 Prozent in Grossbritannien und 53 Prozent in Italien.

Fehlende Konzeption

Wer den Gründen dieser wenig erfreulichen Entwicklung nachgeht, stösst unter anderem auf das Problem der Eigentumsstruktur der öffentlichen Hand. Sie ermangelt einer klaren Konzeption und konsequent verfolgter konkreter Ziele.

Ohne Zweifel kommt der Bildung von Wohnungseigentum eine erstrangige Stellung zu. Möglichst breite Kreise der Bevölkerung sollen ein Eigenheim oder mindestens eine eigene Wohnung

besitzen können. Damit wird die Verankerung in der modernen Gesellschaft wirkungsvoll gefördert.

Eigentumshemmende Bestimmungen

Die heute geltenden staatlichen Massnahmen vermochten bis jetzt höchstens einen bescheidenen Beitrag zur wünschbaren Ausdehnung des Wohnungseigentums zu erbringen. Das vom Bund erlassene Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz hat die angestrebte gesellschafts- und staatspolitischen Wirkungen bis heute nicht erreicht. Die Steuerpolitik der Kantone wirkt in verschiedenen Fällen keineswegs eigentumsfördernd. Die in der Schweiz übli-

che steuerliche Erfassung von Eigenmietwerten stellt beinahe ein europäisches Kuriosum dar. Die Fälle mehren sich, in welchen Altersrentner wegen der steuerlichen Belastung ihre Eigenheime aufgeben müssen.

Über die Förderung der Selbstvorsorge für das Alter, der 3. Säule der Vorsorge, bestehen zwar seit 1972 zwei Abschnitte in Artikel 34quater der Bundesverfassung. Die Anstrengungen zu dessen Verwirklichung können allerdings nicht gerade als hektisch bezeichnet werden. Die eigentumsfördernden Massnahmen im Rahmen der 2. Säule bleiben in der Schwebe, solange die entsprechenden Gesetzesberatungen nicht abgeschlossen sind.

Kantone und Gemeinden miteinbeziehen

Eine wirksame Eigentumsstruktur kann nicht nur vom Bund ausgehen, sondern muss auch die Kantone und Gemeinden miteinbeziehen. Aus diesem Grunde ist ein Konzept der Eigentumsförderung mit Massnahmen des Bundes sowie Vorschlägen und Empfehlungen an die Kantone und Gemeinden zu erarbeiten. Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat deshalb eine Motion in beiden Räten eingereicht, die eine Bestandsaufnahme der geltenden eigentumsfördernden Massnahmen fordert. Daraus sollen die Anträge herauswachsen, welche der Bildung von Eigentum förderlich sind.

Eigentumsförderung — nicht nur leere Worte

Erfolgreicher Vorstoss der FDP-Fraktion

Der Ständerat hat die Motion der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung zur Eigentumsförderung mit 24 zu 3 Stimmen und der Nationalrat mit 82 zu 44 Stimmen überwiesen. Beide Räte entschieden sich damit gegen den Bundesrat, der den Vorstoss nur in der (unverbindlichen) Form eines Postulates akzeptieren wollte. Gegen die Motion sprachen sich auch die Sozialdemokraten aus. Die klare Willensäußerung sowohl der Standesherren wie auch der Volksvertreter wird die Landesregierung zweifellos bei der Bearbeitung des ganzen Fragenkomplexes zu beachten haben. Sie wird also um eine beförderliche Bearbeitung der Motion nicht herumkommen. Um so weniger, als wir, wie auch Ständerat Dr. Paul Bürgi, feststellt, «wohl allzu lange die Bildung von Eigentum als eine Selbstverständlichkeit betrachtet haben»:

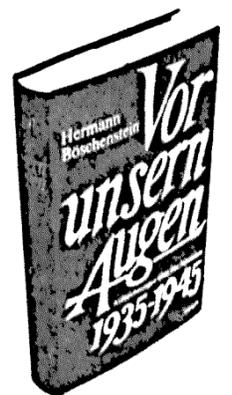
Heute müssen wir uns eingestehen, dass sich in diesem Bereich ein offenkundiger Nachholbedarf angestaut hat, der unserem Lande nicht gut ansteht. Das kommt vor allem in der Zahl der von Eigentümern belegten Wohnungen und Häuser zum Ausdruck. In der Schweiz beträgt dieser Anteil lediglich 28%, in der Bundesrepublik 34%, in Frankreich 45% und in Italien 53%. Die Bundesrepublik Deutschland mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler an der Spitze unternimmt mehr für die Eigentumsförderung als die mehrheitlich bürgerliche Schweiz.

In unserem Lande vermochten die heute geltenden staatlichen Bestimmungen höchstens einen bescheidenen Beitrag zur Ausdehnung des Wohnungseigentums zu erbringen. Das vom Bund erlassene Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz hat die angestrebten gesellschafts- und staatspolitischen Wirkungen bis heute nicht erreicht. Die Steuerpolitik der Kantone wirkt in verschiedenen Fällen keineswegs eigentumsfördernd. Die in der Schweiz übliche steuerliche Erfassung von Eigenmietwerten stellt beinahe ein europäisches Kuriosum dar. Die Fälle mehren sich, in welchen Altersrentner wegen der steuerlichen Belastung ihre Eigenheime aufgeben müssen. Hier wirkt sich die Steuerpraxis der Kantone geradezu eigentumsfeindlich aus.

Eine wirksame Eigentumsstruktur kann nicht nur vom Bunde ausgehen, sondern muss auch die Kantone und Gemeinden miteinbeziehen. Aus diesem Grunde ist ein Konzept der Eigentumsförderung mit Massnahmen des Bundes sowie Vorschlägen und Empfehlungen an die Kantone und Gemeinden zu erarbeiten. Die Motion strebt deshalb eine Bestandsaufnahme der geltenden eigentumsfördernden Massnahmen an; daraus sollen die Anträge herauswachsen, welche der Bildung von Eigentum förderlich sind.

Diese Zielsetzungen dürfen nicht an einer engherzigen fiskalischen Betrachtung scheitern. Gesellschaftspolitische Überlegungen sind bei der Entscheidungsbildung über die Eigentumsförderung gleichwertig mitzubersichtigen.

Das Erinnerungsbuch des Jahres



Dr. h. c. Hermann Böschstein

Vor unseren Augen

Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935—1945

334 Seiten, geb., Fr. 38.—

«In seinem Buch... rafft sich unmittelbar erlebte Zeitgeschichte zu einem Dokument, das manche Klischeevorstellungen von politischen Vorgängen und damals führenden Persönlichkeiten aufsprängt. Es sind die Direktheit der Schilderung und die Eigenwilligkeit der Urteile, die den Reiz dieses Buches ausmachen.»

«Weltwoche», Zürich

In allen Buchhandlungen erhältlich

Verlag Stämpfli & Cie AG Bern
Postfach 2728, 3001 Bern

135426/FDP



SP gegen Eigentum für alle

Wahrlich, sonderbar sind die politischen Irrwege, die die SP gegenwärtig einschlagen muss. Sowohl auf eidgenössischer Ebene wie auch auf kantonaler Ebene gegen die von der FDP und ihren Vertretern erhobenen Begehren nach Förderung des Eigentums für alle. Im Kanton Zürich brachte der von FDP-Seite eingereichte Vorstoss auf einen Verfassungsartikel über die breite Streuung des Wohneigentums und die Vermögensbildung die SP in eine Zwickmühle. Aber auch im National- und im Ständerat wandten sich SP-Vertreter

gegen die von der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung eingereichte Motion, die gegen den Willen der Linken dennoch überwiesen wurde. Dass die Freisinnigen dafür eintreten, dass die Eigentumsförderung für alle Volksschichten verwirklicht werden soll, passt der SP schlecht in das von ihr gerade in Wahlzeiten gerne kolportierte Bild von den «unsozialen Freisinnigen».

Wie schizophren die Haltung der SP in dieser Frage ist, kommt aus den Worten eines Zürcher SP-Kantonsrates zum Ausdruck. Er erklärte, dass die beiden FDP-Postulate «eigent-

lich Anliegen der Linken verfechten, daher kann ich die beiden Vorstösse nicht ablehnen». Aber unterstützt hat er sie auch nicht...

Auch in der «Politischen Erklärung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1979—1983» sucht man vergeblich nach dem Stichwort Eigentumsstruktur. Es ist ebensowenig vorhanden, wie auch nicht von Privateigentum die Rede ist. Dafür wird von der SP die «Kollektivierung» des privaten Grundeigentums propagiert und nach einer radikalen Aenderung des Bodenrechts und der Eigentumsordnung gerufen. cb

Die Bühler-Firmengruppe

— lokal, regional, international



- Stammhaus in Uzwil
- 5 Zweigwerke in Winkeln, Amriswil, Flawil, Trübbach und Appenzell
- Bühler-Miag GmbH, Braunschweig
- Tochtergesellschaften weltweit

Unser Tätigkeitsfeld

A Im Sektor Maschinen und Anlagen zur Lebensmittelherstellung:

Getreidemüllerei
 Saatgutreinigungsanlagen
 Teigwarenfabriken
 Nahrungsmittelindustrie
 Schäl- und Mischmüllerei
 Süßwaren- und Genussmittelindustrie
 Mälzereien und Brauereien
 Speiseölindustrie
 Mischfutterindustrie
 Schiffsentlade- und Beladeanlagen für Schütt- und Stückgüter
 Silo- und Umschlagsanlagen für Schüttgüter

B Im Sektor Nicht-Lebensmittel

Förderanlagen für Schütt- und Stückgüter in verschiedenen Industriezweigen
 Chemietechnik
 Zementfabriken und Anlagen für die Industrie der Steine und Erden
 Anlagen für den Umweltschutz
 Farbenfabriken, Seifenfabriken und verwandte Industriezweige
 Anlagen für die Tabakindustrie
 Innerbetriebliche Transportfahrzeuge
 Metall-Druckgiessmaschinen und -anlagen
 Kunststoff- Spritzgiessanlagen und -Verarbeitungsanlagen

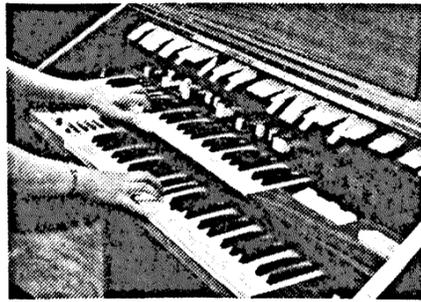
Eckpfeiler der Ostschweizer Exportindustrie

Gebrüder Bühler AG
 Maschinenfabrik



Ein sinnvolles Hobby...
 für Ihre Entspannung

Orgelbauen — Orgelspielen



Verschiedene Modelle — betriebsfertig und im Bausatz für jedermann.

Verlangen Sie Gratisprospekte bei
 WERSI-electronic AG, 8887 Mels,
 Tel. (085) 2 50 50
 Filialen: Zürich: Hallwylstr. 71
 Bern: Eigerstr. 80

2544091FDP

Bequem. Diese Schutzbekleidung. Der Mehrzweck-Anzug:



- Nicht brennbar
- Dauertemperaturbeständig
- Hoher Schutzindex
- Chemikalienbeständig
- Abrieb- und reissfest
- Extreme Lebensdauer
- Geringes Gewebegewicht
- Idealer Tragekomfort
- Pflegeleicht
- Weiteres Zubehör

Auskunft und Beratung durch:

F&L
FURTER & LEITNER
 Schutzbekleidungen
 Brunastrasse 71
 8002 Zürich
 Tel. 01/202 22 55



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.
 Das ideale Hotel für erholsame

Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsorge und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte
 Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:
 Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
 Telefon (085) 9 37 14 (Frl. Moosberger verl.)

1891219FDP

Der Freisinn FDP

Inseratenschluss für die letzte in diesem Jahr erscheinende Zeitung
 26. Oktober

Orell Füssli Werbe AG



sowie weitere Filialen in der ganzen Schweiz



Neuheiten

- Aktionen für
 Eröffnungen
 Gen.-Versammlungen
 Jubiläen
 Kunden
 Messen
 Tagungen
 Weihnachten

8048 Zürich, Altstetterstr. 121
 01 - 62 66 22

Zu verkaufen (auch an Ausländer)

Chalet in Elm 1100 m ü. M.

Freistehendes, hervorragend isoliertes Haus für höhere Ansprüche, schönstes Haus einer Gruppe mit unverbaubarer Aussicht auf Tal und Berge. Ganzes Haus mit Qualitätsmobiliar.

Grosser, 4 m hoher Cheminéeerraum, div. Nebenräume, moderne Küche, sep. WC, schönes Bad mit Doppellavabo, Kinderzimmer: 4 Kajütenbetten, Elternzimmer sowie weitere zwei Schlafstellen. Gedeckte Terrasse, Elektroheizung, Telefon, Tel.-Rundspruch, ganzjährige Zufahrt, sep. Garage, Netter Garten. Elm bietet schöne Wanderwege, div. Bahnen und Schweiz. Skischule. Nur 1 Stunde von Zürich auf Autobahn.

Olsen Immobilien AG, Burgstrasse 15, 8750 Glarus, Tel. (058) 61 17 99, oder nach 18.00 Uhr: Ted Blattner, Tel. (01) 820 69 84.

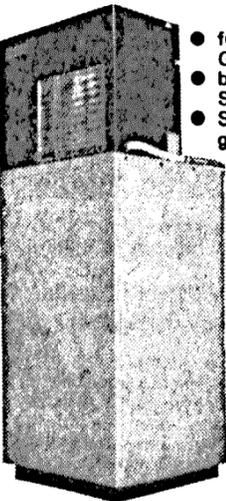
2211866FDP

Echte Alternativen zum Öl und trotzdem nicht auf Komfort verzichten

ABU-SOLAR Sonnenenergie: sauber — wirtschaftlich — sicher

Konzipiert von Grund auf für bestehende und neue Bauobjekte

Warmwasseraufbereitung mit Wärmepumpenboiler

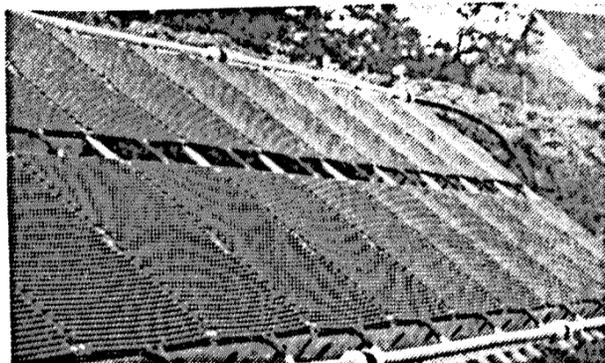


- für Privat und Gewerbe
- bis 70% weniger Stromverbrauch
- Steckdosenfertig geliefert



Raumheizung, Prozesswärme usw. mit Sonnenkollektoren

- einstellbarer Kollektorschwivelwinkel
- begehbarer, reflexionsarme Verglasung



Schwimmbadheizung mit KSA-Vollkunststoffkollektoren (auch als Unterdach- und Erdreichkollektor verwendbar)

- direkte Erwärmung des Schwimmbadwassers
- wartungsfrei, korrosions- und alterungsbeständig
- geringes Gewicht, schnelle Montage

ABU-SOLAR AG, St. Gallen (SSES-Mitglied)
 Solarenergienutzung
 Blumenbergplatz 5, 9001 St. Gallen
 Telefon (071) 22 34 51

Büro Gams SG:
 ESPA-TECH, Energiesparteknik
 Postfach 84, 9473 Gams
 Telefon (085) 7 24 03

Coupon

für Gratisunterlagen einsenden an:

ABU-SOLAR AG
 Blumenbergplatz 5
 Postfach
 9001 St. Gallen

Bitte senden Sie Unterlagen über:

- Warmwasseraufbereitung
 Raumheizung, Prozesswärme
 Schwimmbadheizung (FDP)

Name _____

zuständig _____

Strasse _____

Ort _____

Tel. _____

Prospekte, Signete, Verpackungen, Schutzmarken, Inserate, Plakate, Broschüren.

Mehr ist oft kaum möglich.
 Und besser ?

Das richtig gestaltete Werbemittel muss zu den richtigen Kosten das richtige Zielpublikum zur richtigen Zeit im richtigen Medium über das richtige Produkt oder über die richtige Dienstleistung richtig informieren.

richtig
 MCI-IDEE

Konzeption, Entwurf und Ausführung von Werbemitteln
 M. Cicert, Werbegrafik/ASG
 Kamorstrasse 4, 8201 Schaffhausen; Telefon 053/577 90

Die Revolution der Massenmedien

Massenmedien, Staat und Politik

Seit einem halben Jahrhundert haben die sogenannten Massenmedien, genau gesprochen zuerst das Radio und dann, dieses im Siegeszug noch überbietend, das Fernsehen das geistige Antlitz der Menschheit verändert. Ihre Wirkung ist als Revolution zu bezeichnen — eine viel stärkere als jede gesellschaftliche, wirtschaftliche, technische, politische je zuvor. Nationalrat Prof. Hans Künzi nahm an der Eröffnung der Fera zum Problemkreis «Massenmedien, Staat und Politik» Stellung:

Der Tatbestand liegt auf der Hand: Zu jeder beliebigen Zeit, an jedem beliebigen Ort, von jedem beliebigen Menschen, in jeder beliebigen Sprache steht uns nicht nur ein Strom von wichtigen und unwichtigen Informationen, sondern intimer Einblick in Länder, Ereignisse, Kulturen, Persönlichkeiten, Gedanken, Weltanschauungen, geistige Strömungen zur Verfügung.

Mit diesem Stoff sieht sich neben dem intellektuellen auch der geistig anspruchsloseste Mensch täglich konfrontiert. Angesichts der menschlichen Neugier, des Wissens- und Erfahrungsdurstes, die jedem lebendigen Menschen eingeboren sind, stehen ihm damit nahezu unbegrenzte Möglichkeiten zur Erweiterung seines Weltbildes zur Verfügung. Früher lebte er, mochte auch sein geistiger Horizont sehr weit sein, in einer vergleichsweise geschlossenen, begrenzten, überschaubaren Welt, die durch geographische Enge, durch die Ordnungskräfte von Staat, Kultur, Religion mehr oder weniger festgefügt erschien. Was jenseits der jeweiligen Grenzen der Erlebnismöglichkeiten eines einzelnen Menschen lag, konnte ihn wenig interessieren, beschäftigte ihn im Alltag kaum; davon erhielt er nur mit Mühe und Anstrengung, ungenau und

in zeitlicher Verzögerung, die das Sensationelle abdämpfte, einigermaßen Kunde.

Nehmen wir nur ein Beispiel: Es vergingen in unserem Lande einige Wochen, bis die Kunde vom Tode Napoleons am 21. Mai 1821 zu uns kam. Die traditionellen Kommunikations- und Informationsmittel: das Buch, die Zeitung, der Brief, die Reise, selbst das Telefon nach seiner Erfindung vor etwas mehr als hundert Jahren, vermochten dieses Ordnungsgefüge nicht zu durchbrechen.

Die Massenmedien haben diese Grenzen fast mit einem Schlag aufgehoben. Die gewaltige Mischung der Kulturen, die Uberschaubarkeit der ganzen bewohnten Erde, die Auflösung aller Horizonte in physischer wie geistiger Beziehung setzte erst mit dem Einsatz der Massenmedien ein. Sie haben die Menschen und Völker einander nähergebracht wie nichts zuvor. Sie haben aber auch Verwirrung und Ueberforderung gebracht. Sie haben den Zugang zu geistigen Reichtümern von immenser Art gebracht. Selbst das Weltbild eines Leonardo da Vinci oder das eines Goethe mutet bescheiden, kleinbürgerlich an neben dem Weltbild, das sich heute jeder Teenager verschaffen kann.

Medienpolitik — ein hohes Mass an Verantwortung

Sind wir mit dieser Revolution fertig geworden? Oder führt sie, wie so oft Revolutionen, ins Chaos? Das ist die Frage, die sich heute nicht nur jeder Medienschaffende, jeder, der Apparaturen für Medien erzeugt und vertreibt, jeder Medienpolitiker, der sich mit dem Verhältnis der Öffentlichkeit zum Einsatz der Medien beschäftigen muss, sondern jeder Medienkonsument — und das sind wir sozusagen alle ohne Ausnahme — stellen muss. Die Frage heisst zugespitzt: Werden wir nicht nur fähig sein, immer vollkommener, subtilere Geräte herzustellen, sondern werden wir deren sinnvollen Einsatz in die Hand bekommen? Ich bin überzeugt, dass sich kraft der Ratio, der Ethik und Verantwortlichkeit die Wege finden lassen, um diese herrlichen Instrumente nicht zu Mitteln geistiger Verwirrung und informatorischer Ueberfütterung degenerieren zu lassen, sondern Schätze nicht nur der Unterhaltung, sondern des Wissens und des geistigen Lebens zu gewinnen. Das erfordert aber auf allen Stufen — der Anfertigung, des Gebrauchs, des Einsatzes und des Empfangs — ein hohes Mass an Verantwortung. Ein Rezept lässt sich nicht mühelos finden. Wir werden die Probleme nur meistern und dem Ziele näherkommen können, wenn wir uns einem Lern- und Disziplinierungsprozess unterziehen, der sich über eine lange Zeit hin erstrecken kann und immer wieder erneuert werden muss.

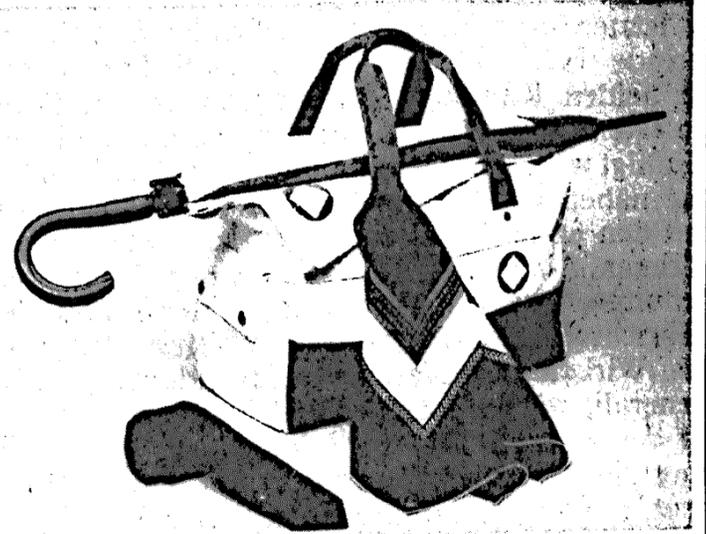
Die Verantwortung des Staates

Der Staat kann und soll hier nicht als Lenker oder gar als Vormund eingreifen. Er hat vorwiegend regulierende Funktionen, indem er die faire Handhabung der Spielregeln eines den pluralistischen Rechten und Bedürfnissen angepassten Gebrauchs überwacht.

Allenfalls kann er auch durch Gesetze, Verordnungen und sogar materielle Subsidien Grundlagen schaffen, die diesen rechten Gebrauch durch das Individuum wie durch die Gemeinschaft fördern. Wie es aber herauskommt, wenn der Staat gebieterisch und monopolistisch das ganze grosse Instrument in die Hand nimmt und sei-

Kennen Sie die FDP-Accessoires schon?

Wenn nicht, dann sollten Sie sie unbedingt kennenlernen. Sie sind nicht nur schön und gut, sondern beleben auch den Alltag. Zudem kommt den Wahlkampfkassen der schweizerischen Partei und ihrer Kantonalpartei noch ein Zustupf zu.



Bitte senden Sie uns

.... Exemplare Bulletin mit gesamtem Werbemittelangebot gratis

.... FDP-Foulard à Fr. 40.—*

.... FDP-Krawatte à Fr. 32.—*

.... FDP-Schirm (sowohl für Regen- wie Sonnentage) à Fr. 47.—*

.... FDP-Sporttasche à Fr. 48.—*

.... FDP-Sportlumber à Fr. 35.—* Grösse mittel/gross

* In all diesen Verkaufspreisen sind Fr. 10.— miteingerechnet, die als Ihre persönliche Spende je hälftig Ihrer Kantonalpartei und der FDP der Schweiz für Wahlkampfkosten zukommen. Sämtliche Preise verstehen sich zudem inklusive Porto und Verpackung.

Name

Adresse

PLZ/Wohnort

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern. Danke.

nen Herrschaftszwecken dienstbar macht, davon haben wir aus der Geschichte dieses halben Jahrhunderts erschreckende Beispiele erlebt. Darum ist der Appell an Medienschaffende einerseits und an die verantwortlichen Politiker andererseits zu richten, mit Freude, Begeisterung und Hingabe zwar die Entwicklung der Instrumente zu fördern, ihren reichen Einsatz zu planen und Ideenreichtum dabei zu entfalten

und die Ideen anderer zu befruchten, zugleich aber — jeder in seinem Innersten — diesen Geist des verantwortlichen Gebrauchs als Zensor wachzuhalten und ihn durch keinen technischen Grössenwahn benebeln zu lassen. Nur dadurch schöpfen wir die Möglichkeit, die in dieser technischen wie geistigen Revolution des letzten halben Jahrhunderts verborgen sind, voll und segensreich aus.

Briefliche Stimmabgabe

Wer am Wahlwochenende vom 20./21. Oktober verhindert ist, den Gang zur Urne zu unternehmen, kann seine Stimme auch brieflich abgeben. Zur brieflichen Wahl sind berechtigt:

- Kranke und Gebrechliche,
- Wahlberechtigte, die aus anderen zwingenden Gründen am Gang zur Urne verhindert sind,
- Wahlberechtigte, die an den Wahl-

tagen von ihrem Wohnsitz abwesend sind.

Wer also während der Wahltage ferienhalber oder aus irgendwelchen Gründen anderswo als an seinem Wohnsitz weilt, kann per Post wählen. Ueber die Einzelheiten der brieflichen Wahl wird in den Abstimmungsunterlagen informiert; Auskunft erteilen auch die zuständigen Instanzen der Stimmgemeinde.

Einfach gut.

Cigarillos, die aufrichtig ihr natürliches Äusseres zeigen, gibt's von La Paz. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen Mélange der La Paz-Cigarren. Mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug. Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt.

Es ist eine Kunst, gute Tabake zu erkennen und daraus gehaltvolle Cigarillos zu machen. Es ist ein Vergnügen, solche Cigarillos zu geniessen. Es ist schön, dass es Cigarillos von La Paz gibt.

Cigarillos Palitos für jede Tageszeit und für alle, die das Einfache und Ehrliche mögen.



Cigarros Autenticos.



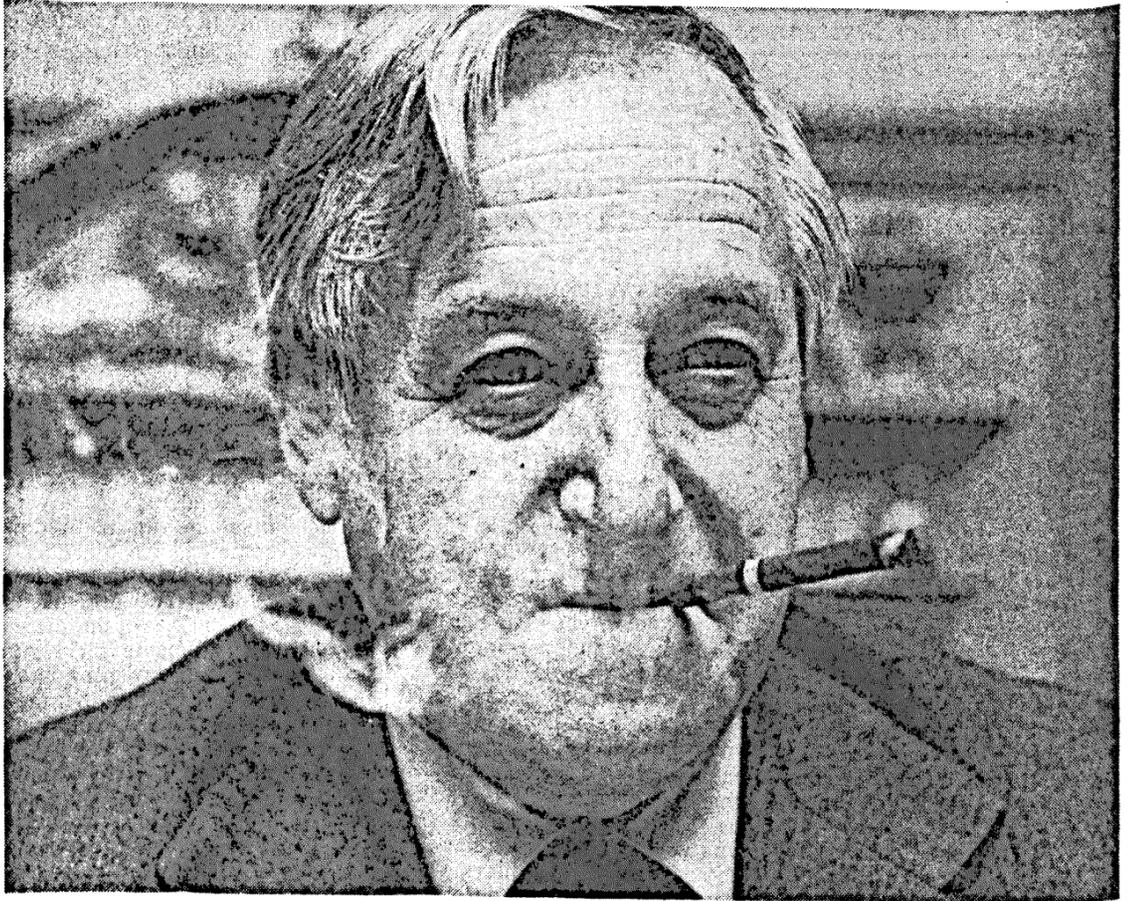
Cigarillos Palitos von La Paz in 20er-Etuis zu Fr. 4.80 und in 50er-Schachteln zu Fr. 12.— Im Fachhandel und an vielen Kiosken.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Zwei Freisinnige präsidierten die beiden Kammern der eidgenössischen Räte

Der «höchste» und der «zweithöchste» Schweizer

Im letzten Jahr der zu Ende gehenden Legislaturperiode 1975—79 präsidierten zwei Freisinnige die beiden Kammern der eidgenössischen Räte. Sie taten es, was über alle Parteigrenzen hinaus bestätigt wird, mit Umsicht und Geschick. Was lag also näher, als den gemäss Protokoll «höchsten» und den «zweithöchsten» Schweizer kurz zu porträtieren. Als Bundeshausredaktor der «Thurgauer Zeitung», der «Glarner Nachrichten» und der «Zürichsee-Zeitung» verfolgte Heinz Ruprecht das Wirken des Nationalratspräsidenten, Luigi Generali, während Urs Marti, Bundeshausredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», für seine Zeitung die Berichterstattung aus dem Ständerat betreut, der vom Solothurner Dr. Ulrich Luder präsidiert wurde. Die Photos «schoss» Eduard Rieben.



Luigi Generali

Er sieht aus wie ein unverwundlicher Optimist — und befindet sich doch in der Rolle des ständig mahnenden Pessimisten: Luigi Generali, Präsident des Nationalrates zum Abschluss der 40. Session der eidgenössischen Räte, leitet die grosse Kammer in einer Zeit, da sich die Wogen der Gesetzgebung mit der Flut parlamentarischer Vorstösse im Vorfeld von Wahlen vereinigen. Von einem Sessionstag auf den andern lässt sich beobachten, wie sich der Berg unerledigter Vorstösse häuft und sich die tägliche Traktandenliste ungebührlich in die Länge zieht.

So muss der 59jährige Tessiner wohl oder übel zur Eile drängen, auch wenn er auf seinem Präsidentenstuhl noch so gemütlich wirkt, muss unnachlässig darauf achten, dass die Redezeiten eingehalten werden, auch wenn ihm selbst der schrille Klang der präsidentialen Glocke störend vorkommen mag. Er greift mit tessinerischem Charme und mit trockenstem Humor ein, wenn sich ein Volksvertreter am Rednerpult ein kleines Sonderrecht herausnehmen will. Zeitigt seine Intervention nicht auf Anheb den erwünschten Erfolg, so tritt beinahe überraschend etwas von der Härte zutage, die sich trotz aller Konzilianz hinter dem Habitus eines Gourmets bei Luigi Generali

verbirgt. Er benötigt sie selten, diese Härte, kann er doch auf jene natürliche Autorität zählen, die Persönlichkeiten seines Schlages eigen ist. Sie erlaubt es, den Tadel anekdotisch zu kleiden, der Zurechtweisung mit einem Lächeln die Schärfe zu nehmen. Luigi Generali wäre wohl ein guter Richter geworden, hätte ihn seine politische Ader nicht auf einen anderen Weg geführt.

So viel Geschick im Umgang mit wahlfebernden Politikern lernt nur, wer auf allen politischen Ebenen tätig gewesen ist. Luigi Generali, der in St. Gallen die Nationalökonomie und die deutsche Sprache erlernt hat, gehört denn auch zu denen, die sich ihr Rüstzeug und ihre Erfahrung in der engeren Heimat geholt haben, so als Präsident der Locarneser und danach der Tessiner Freisinnigen, als Gemeinderat in Muralto und später während 22 Jahren im Grossen Rat, den er 1967 präsidiert hat. So war er nicht nur mit den Wassern der Maggia gewaschen, deren Kraftwerke er als Direktor und Delegierter des Verwaltungsrates leitet, als er von Muralto aus im Jahre 1971 erstmals die Fahrt ins Parlamentsgebäude zu Bern antrat. Entsprechend rasch fand er sich unter der Bundeskuppel zurecht, und bereits auf seine zweite Amtszeit hin machten ihn seine freisinnig-de-

mokratischen Fraktionskollegen zu ihrem Vorsitzenden. Hält man sich diesen raschen Werdegang auf Bundesebene vor Augen, so war die ehrenvolle Wahl Generalis im Winter 1978 zum Präsidenten des Nationalrates nur folgerichtig.

Diese Wahl bildete ohne Zweifel den Höhepunkt der Karriere des Mannes aus der Leventina, den vor nunmehr 16 Jahren die Leute aus dem Bleniotal, in der Gemeinde Ghirone, zum Ehrenbürger ernannt hatten. Die vergangenen Monate haben gezeigt, mit wieviel gelassener Selbstverständlichkeit Luigi Generali auch das Amt eines höchsten Schweizer auszuüben vermag. Das lässt erahnen, dass es kaum eine Aufgabe im Dienste des Schweizervolkes gibt, der sich der zweifache Familienvater nicht gewachsen erweisen würde. Können und Wollen ist jedoch zweierlei: Nach über 30 Jahren politischer Tätigkeit mag einem Mann, der bald das sechste Lebensjahrzehnt vollendet und dem die Erfahrung doch auch leise Züge der Melancholie vermittelt hat, die Uebernahme zusätzlicher, neuer Bürden kaum besonders verlockend er-

scheinen. Generali zieht es wohl darum in den Ständerat, der in seinem Fall den Namen «Stöckli» nicht ganz zu Unrecht trägt. Denn in der kleinen Kammer lockt eine Traktandenliste, die das Nachdenken nicht verunmöglicht, wartet eine politische Umgebung, die kein Schaufenster auf die Strasse hat.

Es lässt sich vorhersehen, dass der heutige Nationalratspräsident sich als Ständeherr wohl fühlen wird. Wenn dabei gleichzeitig seiner Stimme im helvetischen Konzert mehr Bedeutung zukommt, als das unter den 200 Volksvertretern sein kann, so gereicht das der Eidgenossenschaft sicher nicht zum Schaden.

Ulrich Luder

Als «Zweithöchsten Eidgenossen», der neben oder sogar über den Bundesräten steht, sehen die einen den Ständeratspräsidenten; für andere ist Präsidentswürde in der kleinen Kammer lediglich die Folge davon, dass man als Mitglied der richtigen Partei, im richtigen Moment in der richtigen Position steht.

Dem Vorsitzenden obliegt es in erster Linie, nach den Vorschriften des Geschäftsreglementes, das der individuellen Gestaltungsfreiheit relativ wenig Spielraum offenlässt, für einen geordneten Ratsbetrieb besorgt zu sein. Bei der politischen Entscheidungsfindung bleibt der Ständeratspräsident jedoch weitgehend isoliert. Hier und da hat er einen Stichtscheid zu fällen oder Abstimmungsverfahren anzuordnen, die, so oder anders festgelegt, nicht zum gleichen Ergebnis führen können. Der Präsident entscheidet aber zur Hauptsache nicht mit; er unterschreibt die Ratsbeschlüsse.

Die Ratsführung von Ständeratspräsident Ulrich Luder war indessen wieder einmal ein Beispiel dafür, dass es auch auf den Präsidenten ankommt. Interventionen des Ständerates Ulrich Luder liessen schon zuvor erkennen, dass er ein grosses Sensorium für parlamentarische Funktionsmechanismen hatte. Als Vorsitzender wachte er mit juristischer Genauigkeit über die Einhaltung parlamentarischer Gepflogenheiten. Wenn ein Interpellant auf die vom Bundesrat erteilte Antwort zu einer weitschweifigen Erklärung ausholen wollte, anstatt bloss zu erklären, ob er durch die erhaltene Antwort befriedigt sei oder nicht, ertönte bei ihm unerbittlich die Präsidentenglocke. Auch dort, wo sonst bei Detailberatungen mit spontanen Abänderungsanträgen, Rückkommensbegehren nach bereits abgeschlossener Debatte u. a. m. präsidentiale Nachsicht herrschte — was mitunter rasch zu einer Konfusion führte — hielt Ulrich Luder stets konziliant, aber dezidiert die Verhandlungsführung in den Zügeln. Er war der Präsident und nicht bloss Vollzugsorgan parlamentarischer Hilfsdienste.

Ulrich Luder ist ein überzeugter Befürworter des Zweikammersystems und aus Leidenschaft ein engagierter Solothurner Freisinniger. Er war — auch das spürte man — sich stets bewusst, wer vor ihm auf dem Präsidentensessel im Ständerat sass: sein Grossvater Oscar Munzinger, Robert Schöpfer oder Paul Haefelin, alles grosse Solothurner Freisinnige und politische Vorbilder des diesjährigen Ständeratspräsidenten. In Präsidentsadresse und Ansprachen zur Sessionseröffnung oder bei besonderen Ehrungen liess er dies stets deutlich durchblicken. Er verkörperte ständerätliches Bewusstsein und gute freisinnige Tradition und hat damit durch seine Amtsführung nicht zuletzt auch für diese Partei Ehre eingelegt.

